

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1995

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Neues Statistisches Taschenbuch	29	Für 1994/95 wird erstmals ein Statistisches Taschenbuch erscheinen. Zielsetzung und Konzept der neuen Publikation werden vorgestellt.
--	----	---

Regionale Schülerprognose	32	Mit der Schülerprognose zum Basisschuljahr 1992/93 wurde eine Revision des Modellansatzes verbunden. Der erste Teil des Beitrags beschreibt das Gesamtkonzept sowie den Rechengang für den Primarbereich und den Übergang auf die weiterführenden Schulen.
----------------------------------	----	--

Handwerkszählung 1995	39	Mit Stichtag 31. März 1995 findet eine Handwerkszählung statt, bei der alle in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen befragt werden.
------------------------------	----	---

Länderbeteiligung bei statistischen Vorhaben der Europäischen Union	43	Mit dem Artikel 23 Grundgesetz wurde die Mitwirkung der Länder bei der Entwicklung der Europäischen Union verfassungsmäßig verankert. Es werden die Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der gemeinschaftlichen Statistik dargelegt.
--	----	--

Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Revidiertes Modell der regionalen Schülerprognose

Bei der Erstellung der neuen Schülerprognose waren bedeutende Veränderungen des Schulbestandes ebenso zu berücksichtigen wie veränderte Nutzerbedürfnisse. So waren außer den freien Waldorfschulen auch die im Stadium des Schulversuchs befindlichen regionalen Schulen neu aufzunehmen. Da die Schülerprognose bei der regionalen Schulentwicklungsplanung Verwendung finden soll, muß der Rechengang statt wie bisher auf Schulortebene nunmehr auf der Ebene einzelner Schulen erfolgen. hk

Mehr über dieses Thema auf Seite 32.

Rheinland-pfälzische Wirtschaft im Aufschwung

Nach dem Konjunktureinbruch im Jahre 1993 hat sich die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr deutlich gebessert. Wie aus einer ersten Schätzung des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder hervorgeht, lag das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der im Land erwirtschafteten Leistung, 1994 real um 3,4 % höher als im Vorjahr, nachdem es 1993 gegenüber 1992 um 1,8 % zurückgegangen war. Der Aufschwung verlief in Rheinland-Pfalz ausgeprägter als im Durchschnitt der alten Bundesländer, wo das Bruttoinlandsprodukt 1994 um 2,3 % im Vergleich zum Vorjahr stieg. In jeweiligen Preisen bewertet wurde ein Zuwachs von 5 % (Rheinland-Pfalz) bzw. 4,4 % (früheres Bundesgebiet) registriert. Mit einem Wert von 148,2 Mrd. DM (nominal) bzw. 136,4 Mrd. DM (bewertet in Preisen von 1991) wurde das vor der Rezession erreichte Niveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung übertroffen.

Ursächlich für die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung war vor allem ein Anstieg der Produktion im verarbeitenden Gewerbe. Wichtige Impulse hierfür kamen von der kräftigen Auslandsnachfrage. Deutliche Zuwachsraten hatten außerdem die Unternehmen des Dienstleistungsbereichs zu verzeichnen.

Trotz der besseren wirtschaftlichen Lage ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr gesunken. An der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Rheinland-Pfalz waren 1994 knapp 1,5 Mill. Erwerbstätige beteiligt, 0,9 % weniger als 1993. Die reale Pro-Kopf-Leistung, ein Indikator für die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, betrug 91 300 DM (1993: 87 500 DM). ker

Handwerkszählung 1995

Nach 1977 findet 1995 wieder eine Handwerkszählung statt, bei der alle in die Handwerksrolle eingetragenen 36 000 rheinland-pfälzischen Unternehmen befragt werden. Neben allgemeinen Angaben über das Handwerk werden besondere Strukturdaten ermittelt. Der Merkmalskatalog ist nahezu identisch mit dem der letzten Zählung, so daß ein Vergleich der Daten erfolgen kann. Entsprechend der gesetzlichen Vorgabe stellen die Handwerkskammern aus Koblenz, Trier, Mainz und Kaiserslautern die Anschriften der Handwerksbetriebe zur Verfügung. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 39.

Lieferung von Verbrauchsgütern in die neuen Bundesländer stark gestiegen

Zwischen Rheinland-Pfalz und den neuen Bundesländern wurden von Januar bis September 1994 Waren im Wert von 2,3 Mrd. DM gehandelt. Der Wert der Lieferungen stieg im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 1993 um 14 % auf über 1,9 Mrd. DM. Deutliche Zuwächse erzielten hier das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, das sind u.a. Lederwaren, Schuhe, Kunststoffserzeugnisse (+ 73 %; 523 Mill. DM) sowie das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, das sind u.a. chemische Erzeugnisse, Eisen und Stahl (+ 39 %; 402 Mill. DM). Die Lieferungen von Investitionsgütern (749 Mill. DM) lagen um 3,1 % unter dem Vorjahresniveau.

Rheinland-pfälzische Bezüge aus den neuen Bundesländern hatten im gleichen Zeitraum einen Wert von 343 Mill. DM, was einem Rückgang um 46 % entspricht. Es wurden insbesondere weniger Grundstoff- und Produktionsgüter sowie Investitionsgüter bezogen. kl

Fast 31 Mrd. DM Umsatz im Großhandel

Nach der Handels- und Gaststättenzählung 1993 setzten über 6 200 Großhandelsunternehmen knapp 31 Mrd. DM um. Bei annähernd 60 000 Beschäftigten betrug der Umsatz je tätiger Person 512 000 DM.

560 Großhändler, die überwiegend mit Holz, Baustoffen, Sanitärkeramik und Anstrichmitteln handeln, stellen mit 4,2 Mrd. DM die umsatzstärkste Einzelposition dar. kl

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Januar 1995		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Januar 1994 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	117,4	2,3
Bekleidung, Schuhe	118,6	0,9
Wohnungsmieten	140,1	4,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,0	- 0,5
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	121,3	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	128,0	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	126,2	1,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	119,5	1,7
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	147,3	4,0
Gesamtlebenshaltung	125,0	2,3
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,2	2,2
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	126,1	2,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,9	2,6

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Stundenlohn in der Industrie 24,60 DM

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie lag im Oktober 1994 mit 24,60 DM um 0,80 DM oder 3,4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Arbeiterinnen verdienten 18,55 DM (+ 3,5 %), ihre männlichen Kollegen 25,46 DM (+ 3,1 %). Ein Vergleich der erfaßten Leistungsgruppen zeigt, daß qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter nicht nur absolut die höchsten Stundenlöhne erzielen (20,79 DM bzw. 27,03 DM), sondern mit 6,2 % bei den Frauen und 3,4 % bei den Männern auch die stärksten Verdienstzuwächse verzeichnen konnten.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der vollbeschäftigten Industriearbeiter nahm um 2,8 % zu und belief sich im Oktober 1994 auf 39,7 Std. einschließlich 2,2 Mehrarbeitsstunden. Aufgrund des mit 0,8 Std. geringen Umfangs an Überstunden betrug die Wochenarbeitszeit der Frauen 37,6 Std. (+ 1,6 %). ky

Im Landesdurchschnitt rund 8,70 DM je Quadratmeter

Aus den Ergebnissen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe errechnet sich ein durchschnittlicher Quadratmeterpreis von 8,69 DM für Wohnungen in Rheinland-Pfalz am Stichtag 30. September 1993. Das sind 39 % mehr als zum Zeitpunkt der letzten Wohnungszählung 1987 (6,25 DM).

Überdurchschnittlich zogen die Mietpreise in diesem Zeitraum im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz an, dort wurden 9,33 DM je Quadratmeter (+ 41,4 %) bezahlt. Deutlich niedriger lagen die Vergleichswerte in den Bezirken Koblenz (8,05 DM, + 37,6 %) und Trier (7,68 DM, + 31,3 %).

Der Unterschied der Miete zwischen freifinanzierten (8,69 DM) und öffentlich geförderten Wohnungen (8,67 DM) ist auf Landesebene unbedeutend. Gravierender sind die Differenzen in den Regierungsbezirken. Die Quadratmeterpreise öffentlich geförderter Wohnungen waren in den Bezirken Koblenz (8,70 DM) und Trier (8,39 DM) teurer als die der freifinanzierten Wohnungen (8,01 DM bzw. 7,55 DM). Umgekehrt war es im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz; dort kosteten freifinanzierte Wohnungen 9,44 DM je Quadratmeter, öffentlich geförderte 8,72 DM. hw

Wieder mehr Lehrlinge im Bauhauptgewerbe

Der seit Jahren zu beobachtende Rückgang der Zahl der Auszubildenden im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe scheint gestoppt. Nachdem 1993 erstmals wieder eine Zunahme zu verzeichnen war, konnten im Juni 1994 insgesamt 2 091 gewerbliche Auszubildende gezählt werden (+ 9,6 %). Dieser Wert liegt aber immer noch deutlich unter dem vor zehn Jahren (4 549). Der Anteil der Auszubildenden an der Zahl aller Beschäftigten im Bauhauptgewerbe macht 3,4 % aus (1984: 6,5 %).

Gut 43 % der Auszubildenden waren im Regierungsbezirk Koblenz tätig, 39 % in Rheinhessen-Pfalz. Wie schon seit Jahren werden die meisten Nachwuchskräfte im Westerwaldkreis (156) ausgebildet. hw

Neues Statistisches Taschenbuch

Ein kurzer Rückblick

Das Statistische Landesamt gab für den Zeitraum 1992/93 die achtzehnte Ausgabe des Jahrbuchs heraus. Begonnen wurde die Reihe mit dem Berichtsjahr 1958. Das „Statistische Jahrbuch“ folgte den „Jahresergebnissen der Statistik in Rheinland-Pfalz“, welche von 1948 bis 1957 erschienen. Die Jahresergebnisse dienten in erster Linie der zusammenfassenden Veröffentlichung des im Laufe des jeweiligen Berichtsjahres vom Statistischen Landesamt selbst erhobenen und aufbereiteten Zahlenmaterials. „Das Statistische Jahrbuch will demgegenüber – und darin liegt der wesentliche Unterschied – ein statistisches Gesamtbild des Landes nach dem neuesten Stande geben, wobei das gesamte zur Verfügung stehende statistische Material jüngsten Datums verarbeitet wird, ohne Rücksicht darauf, wann und von welcher Stelle es erhoben und aufbereitet wurde.“ Diesem im Vorwort zum ersten Jahrbuch gesetzten Ziel dienten alle kleineren und größeren Änderungen des Inhalts und der Gestaltung, die seither bei den 17 folgenden Ausgaben vorgenommen wurden. Das Jahrbuch sollte ein Nachschlagewerk für einen längeren Zeitraum sein. Aus diesem Grund und „auch aus Gründen der Rationalisierung“ (Vorwort der ersten Ausgabe) wurde eine zweijährliche Erscheinungsfolge vorgesehen und bis heute beibehalten.

Die Zielsetzung

Ein geänderter Bedarf an statistischer Information auf der Nachfrageseite und die Möglichkeiten, die der Einsatz von Arbeitsplatzrechnern (APC) auf der Produktionsseite, insbesondere bei der Darstellung statistischer Daten schafft, waren Anlaß, die Konzeption des Jahrbuchs für die Ausgabe 1994 grundlegend zu überdenken. Das Ziel, ein statistisches Gesamtbild des Landes nach dem neuesten Stand zu geben, wird beibehalten, allerdings mit stärkerer Akzentuierung der Forderung nach Aktualität. Für die Produktion des Jahrbuchs heißt das, die Zeitspanne zwischen Redaktionsschluß und Auslieferung an die Kunden soll verkürzt werden. Um dies zu erreichen, mußte der gesamte Arbeitsablauf neu organisiert werden. Hierbei war sicherzustellen, daß die Ausstattung der Fachabteilungen mit APC und die Möglichkeiten der Druckerei optimal aufeinander abge-

stimmt genutzt werden können. Die Neuorganisation des Arbeitsablaufs soll einerseits die Kosten der Produktion senken und andererseits die Veröffentlichung statistischer Ergebnisse beschleunigen. Beides verbessert die Chancen des neuen Taschenbuchs am Markt. Die Kostensenkung kann im Preis weitergegeben werden, so daß – bildhaft gesprochen – eine Wanderung auf der Preis-Absatz-Funktion nach unten erfolgt, die zeitnähere Veröffentlichung der Daten verschiebt – wieder bildhaft gesprochen – die Preis-Absatz-Funktion nach außen, wenn die potentiellen Kunden des Taschenbuchs in der Aktualität, wie vermutet, tatsächlich ein wichtiges Qualitätsmerkmal sehen. Mit dieser Überlegung wird der Blick auf das Thema Marktorientierung statistischer Informationen gelenkt.

Marktorientierung statistischer Informationen

Drei Fragen spielten bei der Neugestaltung des Taschenbuchs eine wichtige Rolle: Wer sind die potentiellen Käuferinnen und Käufer, welche Anforderungen stellen sie an Inhalt und Darstellung und welchen Verlauf könnte die Preis-Absatz-Funktion nehmen. Für die Antworten wurden die eigenen Erfahrungen mit dem alten Jahrbuch sowie Überlegungen anderer statistischer Ämter zur Konzeption marktorientierter Veröffentlichungen herangezogen. Eine weitere wichtige Erkenntnisquelle stellte der Auskunftsdienst dar, der im direkten Kontakt mit den Konsumenten der Statistik steht. Die Bandbreite der Zielgruppe von Konsumenten des neuen Taschenbuchs umfaßt die Bürgerinnen und Bürger, die über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz informiert sein möchten, die Studierenden und die beruflichen Konsumenten von statistischen Daten, die einen praxisorientierten Wegweiser durch das Angebot der amtlichen Statistik suchen, die Schülerinnen und Schüler, die Zahlen für eine Facharbeit suchen und Lehrkräfte, die diese dann beurteilen müssen. Um diese Zielgruppe ansprechen zu können, durfte das neue Taschenbuch nicht mit Zahlen überfrachtet wirken, ein Vorwurf, der dem alten Jahrbuch anhängt. Die Tabellen sollten übersichtlich und selbsterklärend sein, so daß auch Leserinnen und Leser ohne Spezialwissen sich schnell zurechtfinden. Ein äußeres Zeichen dieser Selbstbeschränkung ist das auf die Hälfte reduzierte Format des

18. Öffentliche Finanzen

1. Finanzen des Landes und der Gemeinden (Gv.)

9. Vollzeitbeschäftigtes Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1970-1992¹⁾ nach Aufgabenbereichen und Dienstverhältnissen

Aufgabenbereich Dienstverhältnis	1970	1980	1990	1991	1992
Insgesamt					
Insgesamt	113 495	135 326	133 665	135 645	137 019
Beamtin/Beamter, Richterin/Richter	48 085	61 683	61 319	62 303	63 413
Angestellte/Angestellter	42 347	50 674	50 320	50 459	51 217
Arbeiterin/Arbeiter	23 063	22 969	22 026	22 883	22 389
Verwaltung	102 763	126 915	125 530	128 431	130 015
Beamtin/Beamter, Richterin/Richter	46 975	60 514	60 131	61 135	62 238
Angestellte/Angestellter	39 808	48 828	48 266	48 797	49 442
Arbeiterin/Arbeiter	15 980	17 573	17 133	18 499	18 335
Wirtschaftsunternehmen	10 732	8 411	8 135	7 214	7 004
Beamtin/Beamter	1 110	1 169	1 188	1 168	1 175
Angestellte/Angestellter	2 539	1 846	2 054	1 662	1 775
Arbeiterin/Arbeiter	7 083	5 396	4 893	4 384	4 054
Land					
Zusammen	72 124	85 803	82 193	82 969	83 868
Beamtin/Beamter, Richterin/Richter	42 043	54 104	52 938	53 885	54 877
Angestellte/Angestellter	21 937	23 240	21 721	21 704	21 702
Arbeiterin/Arbeiter	8 144	8 459	7 534	7 380	7 289
Verwaltung	68 475	82 342	79 267	80 257	81 292
Beamtin/Beamter, Richterin/Richter	41 107	53 104	51 920	52 863	53 862
Angestellte/Angestellter	21 535	23 027	21 478	21 486	21 487
Arbeiterin/Arbeiter	5 833	6 211	5 869	5 908	5 943
Wirtschaftsunternehmen	3 649	3 461	2 926	2 712	2 576
Beamtin/Beamter	936	1 000	1 018	1 022	1 015
Angestellte/Angestellter	402	213	243	218	215
Arbeiterin/Arbeiter	2 311	2 248	1 665	1 472	1 346
Gemeinden und Gemeindeverbände					
Zusammen	41 371	49 523	51 472	52 676	53 151
Beamtin/Beamter	6 042	7 579	8 381	8 418	8 536
Angestellte/Angestellter	20 410	27 434	28 599	28 755	29 515
Arbeiterin/Arbeiter	14 919	14 510	14 492	15 503	15 100
Verwaltung	34 288	44 573	46 263	48 174	48 723
Beamtin/Beamter	5 868	7 410	8 211	8 272	8 376
Angestellte/Angestellter	18 273	25 801	26 788	27 311	27 955
Arbeiterin/Arbeiter	10 147	11 362	11 264	12 591	12 392
Wirtschaftsunternehmen²⁾	7 083	4 950	5 209	4 502	4 428
Beamtin/Beamter	174	169	170	146	160
Angestellte/Angestellter	2 137	1 633	1 811	1 444	1 560
Arbeiterin/Arbeiter	4 772	3 148	3 228	2 912	2 708

1) 1980 bis 1990 ohne die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach §§ 91-97 Arbeitsförderungsgesetz Beschäftigten. – 2) Ab 1975 einschließlich allgemeines Grund- und Sondervermögen.

Erläuterungen

18. Öffentliche Finanzen

1. Finanzen des Landes und der Gemeinden (Gv.)

Kernstück der Staats- und Gemeindefinanzstatistik ist die Haushaltsrechnungsstatistik. Sie wird ergänzt durch vierteljährliche Erhebungen, ferner durch Statistiken über die Schulden, das Personal und die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Neben den Rechnungsergebnissen werden im Rahmen der Haushaltsansatzstatistik auch Planzahlen erfaßt. Zum Berichtskreis gehören außer den Gebietskörperschaften die öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, die Krankenanstalten, die kommunalen Zweckverbände und die Sozialversicherungsträger. (. . .)

Die Erhebungen über das Personal werden jährlich zum 30. Juni durchgeführt. Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger werden zum 1. Januar erfaßt, wobei die Veränderungen im vorangegangenen Jahr ebenfalls zu melden sind. (. . .)

Datenquellen, Fundstellen und weitere Informationen

Tabelle	Tabellenüberschrift	Datenquelle	Fundstellen und weitere Informationen
18.1.9	Vollzeitbeschäftigtes Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1970-1992 nach Aufgabenbereichen und Dienstverhältnissen	Personalstandstatistik	Handbuch der Finanzstatistik für Rheinland-Pfalz

neuen Taschenbuchs. Dem Verzicht einer Darstellung von Details steht ein Verzeichnis der Datenquellen und Fundstellen gegenüber, das für jede Tabelle Hinweise gibt, in welchen Publikationen tiefer gegliederte bzw. ergänzende statistische Ergebnisse zu finden sind. Die Einschränkungen beim Umfang des Taschenbuchs und die komplette Umstellung der Produktionsabläufe ermöglichen einen Preis, der weniger als die Hälfte des Preises des alten Jahrbuchs betragen wird.

Das Konzept

Das gesamte Datenangebot wird in 24 Themengebiete unterteilt, die jeweils einem Hauptabschnitt der Gliederung entsprechen. Ein Hauptabschnitt kann in Unterabschnitte gegliedert sein.

Die Themengebiete sind:

1. Allgemeine Angaben
2. Gebiet und Bevölkerung
3. Bevölkerungsbewegung
4. Gesundheitswesen
5. Bildung und Kultur
6. Erwerbstätigkeit
7. Arbeitnehmerorganisationen
8. Land- und Forstwirtschaft
9. Kirchliche Verhältnisse
10. Rechtspflege und öffentliche Sicherheit
11. Wahlen
12. Unternehmen und Arbeitsstätten
13. Produzierendes Gewerbe
14. Bautätigkeit und Wohnungswesen
15. Handel und Gastgewerbe, Fremdenverkehr
16. Verkehr
17. Geld und Kredit
18. Öffentliche Sozialleistungen
19. Öffentliche Finanzen
20. Preise
21. Löhne und Gehälter
22. Versorgung und Verbrauch
23. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
24. Umweltschutz

Jeder Hauptabschnitt beginnt mit einem ausführlichen „Tabellenverzeichnis“, das einen raschen Überblick der zum jeweiligen Themengebiet im Taschenbuch zusammengestellten Daten gibt. Es folgen die „Erläuterungen“ zum Tabellenteil, insbesondere zu den dort verwendeten themenspezifischen Begriffen. Anschließend werden für jede einzelne Tabelle „Datenquellen, Fundstellen und weitere Informationen“ genannt. Hier finden die Leserin und der Leser Hinweise auf die Quellen der statistischen Daten und auf Veröffentlichungen, die tiefergehende Informationen zu dem in der Tabelle dargestellten Thema enthalten. Diese Angaben haben die Funktion eines Wegweisers durch die Statistik und erleichtern eine über das Angebot des Taschenbuchs hinausgehende Datenrecherche. Hiermit sollen der Leserin und dem Leser insbesondere die statistischen Berichte als umfassende und kostengünstige Informationsquelle statistischer Ergebnisse nähergebracht werden. Der „Tabellenteil“ eines jeden Abschnitts gibt, soweit vom Landesamt selbst erhobene Daten dargestellt werden, einen sachlich, räumlich und

zeitlich verdichteten Einblick in das jeweilige Themengebiet. Die Tabellen können aufgrund der Vorgabe, ein handliches Taschenbuch herausgeben zu wollen, nur die erfahrungsgemäß am häufigsten von der Kundschaft erfragten Ergebnisse der Statistik enthalten. Großer Wert wurde auf eine leserfreundliche Gestaltung der Tabellen gelegt. Dazu gehört das einheitliche Erscheinungsbild aller Tabellen, die Auswahl der Schriftart und -größe, die Begrenzung des Umfangs einer Tabelle auf maximal eine Seite und nicht zuletzt die Wortwahl. Die Wortwahl unterlag zusätzlich einem besonderen Kriterium, die Sprache sollte geschlechtsgerecht sein.

Geschlechtsgerechte Formulierungen

Die Amtsleiter der statistischen Ämter haben im November 1994 beschlossen, daß in statistischen Veröffentlichungen grundsätzlich geschlechtsgerechte Formulierungen zu verwenden sind. Damit muß eine Personenbezeichnung entweder die feminine und maskuline Form berücksichtigen (Paarformulierung) oder geschlechtsneutral umschrieben werden. Da durch Paarformulierungen die Ausführungen länger werden und damit die Verständlichkeit leiden kann, sind zunächst alle Möglichkeiten auszuschöpfen, geschlechtsneutrale Formulierungen zu verwenden. Es ist darauf zu achten, daß keine Sinnveränderungen oder Unklarheiten auftreten, die das Verständnis der Veröffentlichung erschweren. Eine bestimmte Personenbezeichnung sollte immer durchgehend und einheitlich geändert werden. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die amtliche Statistik bei der Begriffsbildung oftmals an die Terminologie anderer Institutionen (z. B. Bundesanstalt für Arbeit, Kammern) gebunden ist und durch abweichende Formulierungen Mißverständnisse entstehen können. Jede Überarbeitung und Änderung einer Publikation verursacht Kosten. Um diese Kosten zu vermeiden, werden im neuen Statistischen Taschenbuch von Anfang an geschlechtsgerechte Formulierungen gewählt, soweit dadurch die Verständlichkeit und Verbindlichkeit der Begriffe nicht beeinträchtigt werden.

Die Produktion von Tabellen

Die Ablauforganisation der Erstellung einer Tabelle für das neue Taschenbuch läßt sich wie folgt skizzieren:

- Die Tabelle wird in der Fachabteilung mit Hilfe des Tabellenkalkulationsprogramms „Excel“ entworfen. Dabei sind die allgemeinen Veröffentlichungsrichtlinien, die speziellen Richtlinien zur Erstellung von Excel-Tabellen und die Vorgaben bezüglich Satzspiegel und Typographie des neuen Taschenbuchs zu beachten. Spezielle Richtlinien zur Erstellung von Excel-Tabellen wurden notwendig, um die Konvertierung in der Fotosatzanlage so zu normieren, daß der manuelle Aufwand minimiert wird. Als erfreuliches Nebenprodukt erscheinen alle so erstellten Tabellen in einem einheitlichen Bild.
- Von einer zentralen Stelle wird die Einhaltung aller Richtlinien und Vorgaben überprüft. Eine fehlerhafte Tabelle wird mit Korrekturhinweisen versehen an die

Fachabteilung zurückgeschickt, eine einwandfreie Tabelle der Druckerei zugeleitet.

- Die Tabelle wird in der Fotosatzanlage mit Hilfe des Konvertierungsprogramms in die endgültige Form gebracht und der Fachabteilung zur Freigabe vorgelegt.

Der Arbeitsaufwand verringert sich einerseits, weil Berechnungen (z. B. von Summen, Prozentwerten, Meßzahlen), die vorher einen erheblichen Teil des Erstellungsaufwandes ausgemacht haben, nun automatisch durch das Tabellenkalkulationsprogramm erledigt werden können. Hinzu kommt, daß die Fortschreibung einer Tabelle wesentlich einfacher vonstatten geht als ihre erstmalige Erstellung. Damit wird auch der Aufwand für die Produktion des neuen Taschenbuchs mit der zweiten Ausgabe entsprechend sinken. Darüber hinaus können die Fachabteilungen in Zukunft die Tabellen laufend unmittelbar nach dem Vorliegen neuerer Ergebnisse aktualisieren. Der Vorteil ist nicht nur darin zu sehen, daß die Produktion des Taschenbuchs

zeitlich entzerrt wird, sondern auch darin, daß ein „Pool“ von Tabellen für den Auskunftsdienst entsteht.

Beispiel einer Tabelle

Als Beispiel dient die Tabelle 18.1.9 „Vollzeitbeschäftigtes Personal des Landes und der Gemeinden (Gv.)“. Die ersten beiden Ziffern der Tabellennummer geben den Hauptabschnitt (= Themengebiet) „Öffentliche Finanzen“ an, die dritte Ziffer den Unterabschnitt „Finanzen des Landes und der Gemeinden (Gv.)“. Die Erläuterungen dieser Tabelle sind mit denen der anderen Tabellen des Unterabschnitts 18.1 zusammengefaßt. Als Datenquelle wird die Personalstandstatistik genannt und als tiefergehende Fundstelle das Handbuch der Finanzstatistik. Dort werden beispielsweise entsprechende Ergebnisse für alle Verbandsgemeinden dargestellt.

Dr. Hans Herbert Krieg

Regionale Schülerprognose

Teil 1 : Modellkonzeption, Grundschulen, Übergänge auf weiterführende Schulen

Neue Entwicklungen erfordern immer wieder eine Revision der bestehenden Prognosemodelle. Auch für die regionale Schülerprognose hat sich ein größerer Anpassungsbedarf ergeben, so daß der Modellansatz im Zuge der kurz vor dem Abschluß stehenden Aktualisierung auf Basis des Schuljahres 1992/93 überarbeitet und konzeptionell weiterentwickelt wurde. Insbesondere war für die weiterführenden Schulen über die regionale Gliederung nach Schulorten hinaus eine Differenzierung nach einzelnen Schulen gefordert, um die Schülerprognose für Zwecke der regionalen Schulentwicklungsplanung nutzbar zu machen. Außerdem war der im Schuljahr 1992/93 angelaufene Schulversuch „Regionale Schulen“ in das Prognosemodell zu integrieren. Durch Änderungen der Datenbasis konnten darüber hinaus die Übergänge auf weiterführende Schulen regional exakter zugeordnet werden.

Vor der Veröffentlichung der neuen Prognoseergebnisse erscheint es daher zweckmäßig, zunächst einen Gesamtüberblick über das Prognoseverfahren nach dem aktuellen Stand zu geben. Im folgenden ersten Teil werden die Grundstrukturen des Prognosemodells sowie der Ansatz für den Primarbereich und die Übergänge auf die weiterführenden Schulen dargestellt.

Aufgabenstellung

Schülerprognosen haben als Planungsgrundlage im Schulwesen eine lange Tradition. Schon mit geringem Aufwand können recht zuverlässige Vorausschätzungen für einen kürzeren Zeithorizont aus den bekannten Schülerbeständen und der Zahl der noch nicht schul-

pflichtigen Kinder hergeleitet werden. Für einen längeren Prognosezeitraum müssen allerdings Daten aus einer Bevölkerungsvorausschätzung verfügbar sein. Wegen der besonderen Bedeutung des Bildungsbereichs für die Landespolitik wurde das Konzept einer regionalen Schülerprognose als erstes Anschlußmodell zur Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes realisiert.

Schon aus der regionalen Bevölkerungsprognose lassen sich Anhaltspunkte für die künftige Entwicklung der Schülerzahlen gewinnen. Zwischen dem 6. und dem 16. Lebensjahr sind fast alle Kinder und Jugendlichen schulpflichtig, so daß ein sehr enger Zusammenhang zwischen den demographischen Tendenzen und der Schülerzahl besteht. Die Besetzung der für den Schulbesuch relevanten Altersgruppen liefert brauchbare Richtwerte, die für detailliertere Planungen im Bildungsbereich allerdings bei weitem nicht ausreichen. Die regionale Schülerprognose soll daher

- nicht nur Anhaltspunkte für die Entwicklung, sondern eine möglichst exakte Vorausschätzung des Schülerbestandes liefern,
- die Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schularten der Sekundarstufen darstellen,
- die räumliche Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulen wiedergeben,
- Angaben über die Zahl der Entlaßschüler und insbesondere auch über ihre Qualifikation bereitstellen.

Die Schülerprognose ist damit ihrerseits wieder Basis für eine Reihe von Vorausschätzungen, wie etwa der Nachfrage nach Ausbildungs- oder Studienplätzen.

Prognosebereich

Die regionale Schülerprognose deckt den Bereich der allgemeinbildenden Schulen nahezu vollständig ab und umfaßt Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien (einschließlich Aufbaugymnasien), integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen, regionale Schulen und die Schulen für Lernbehinderte. Die übrigen Schulformen der Sonderschule sind nicht einbezogen, weil sie eine überregionale Versorgungsfunktion erfüllen und daher kein Bedarf für eine Regionalprognose besteht. Die Schüler organisatorisch verbundener Grund- und Hauptschulen sind, entsprechend ihrer Zugehörigkeit zur Primarstufe bzw. Sekundarstufe I, den Grundschulen bzw. Hauptschulen zugeordnet.

Eine Sonderstellung hat die an Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien eingerichtete schulartübergreifende Orientierungsstufe, da hier über die angestrebte Schullaufbahn erst am Ende der 6. Klassenstufe entschieden wird. Für die im Basisschuljahr 1992/93 existierenden 23 schulartübergreifenden Orientierungsstufen müssen besondere methodische Vorkehrungen getroffen werden, um Verzerrungen des Übergangsverhaltens beim Wechsel auf die weiterführenden Schulen auszuschließen.

Räumliche Abgrenzung und Zeithorizont

Für Grundschulen und Sonderschulen sind feste Einzugsbereiche vorgeschrieben, die sich an den Verwaltungsgrenzen orientieren, so daß auf Kreisebene Schüler am Schulort und Schüler am Wohnort weitgehend identisch sind. Damit können auch die Übergänge von den Grundschulen wohnortbezogen prognostiziert werden; dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die regionale Verteilung der Übergänge auf die weiterführenden Schulen. Ein wichtiges Argument für den Kreis als räumliches Gliederungsprinzip ist außerdem die Notwendigkeit, die Prognose bei diesen beiden Schularten mit der Bevölkerungsprognose zu verknüpfen, in der ebenfalls der Kreis die kleinste regionale Einheit bildet.

Für alle anderen Schularten ist dagegen eine tiefere regionale Gliederung nach einzelnen Schulen und ihren Einzugsbereichen vorgesehen. Bei den Hauptschulen sind ebenfalls Einzugsbereiche festgelegt, die in der Regel die Kreisgrenzen nicht schneiden. Für die anderen Schularten gelten dagegen keine obligatorischen Einzugsbereiche; ihre Grenzen sind daher fließend und stimmen nur ausnahmsweise mit den Verwaltungsgrenzen überein. Für die Zwecke der Prognose müssen die Einzugsbereiche aller weiterführenden Schulen definiert werden, weil bei ihnen die Prognoserechnung immer schulbezogen erfolgt, während die Übergänge von den Grundschulen wohnortbezogen prognostiziert werden. Diese Festlegung wird durch eine Erhebung der Schüler nach Wohnorten (Einzugsbereichsstatistik) ermöglicht, die seit dem Schuljahr 1979/80 an allen allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz durchgeführt wird, so daß jährlich aktuelle Daten über die Verflechtung von Wohnorten und Schulen vorliegen.

Als Zeithorizont der Prognose ist, in Anlehnung an die regionale Bevölkerungsprognose, eine Periode von

15 Jahren vorgesehen. Die Vorausschätzung der Schulentlassungen umfaßt faktisch sogar 16 Prognosejahre, da der für das Basisschuljahr ermittelte Wert bereits ein Prognoseergebnis darstellt. Erhebungstermin der Schulstatistiken ist der Beginn des Schuljahres, so daß jeweils nur die Entlassschüler am Ende des dem Erhebungsjahr vorangegangenen Schuljahres erfaßt werden können. Die Schulentlassungen des Basisschuljahres sind daher noch nicht im Datenbestand des Basisschuljahres enthalten.

Berechnungsschema

Zur Prognose des Schülerbestandes wird für die einzelnen Schularten mit Ausnahme der Sonderschulen ein Fortschreibungsverfahren verwendet, dessen Grundgedanke eine möglichst realitätsgetreue Abbildung der Modalitäten ist, nach denen die Schüler das Schulsystem durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand zu Beginn des Basisschuljahres, gegliedert nach Klassenstufen und Verwaltungsbezirken bzw. Schulen. Dieser Anfangsbestand wird um die (geschätzten) Schülerbewegungen (Abgänge, Übergänge und Wiederholer) am Schuljahresende verringert. Die verbleibenden Schüler rücken in die nächsthöhere Klassenstufe vor. Zusammen mit den übrigen Zugängen und den Wiederholern dieser Klassenstufe ergibt sich ein neuer Ausgangsbestand am Beginn des folgenden Schuljahres. Dieser Prozeß wiederholt sich bis zum Ende des Prognosezeitraums. Schematisch läßt sich die Fortschreibungsmethode wie folgt darstellen:

Schüler der Klassenstufe i am Beginn des Schuljahres t
././ Übergänge auf andere Schularten im Schuljahr t
././ Abgänge (Schulentlassungen) im Schuljahr t
././ Wiederholer der Klassenstufe i im Schuljahr $t + 1$

Schüler, die aus der Klassenstufe i am Ende des Schuljahres t vorrücken
+ Wiederholer der Klassenstufe $i + 1$ im Schuljahr $t + 1$
+ Zugänge von anderen Schularten in der Klassenstufe $i + 1$ am Beginn des Schuljahres $t + 1$

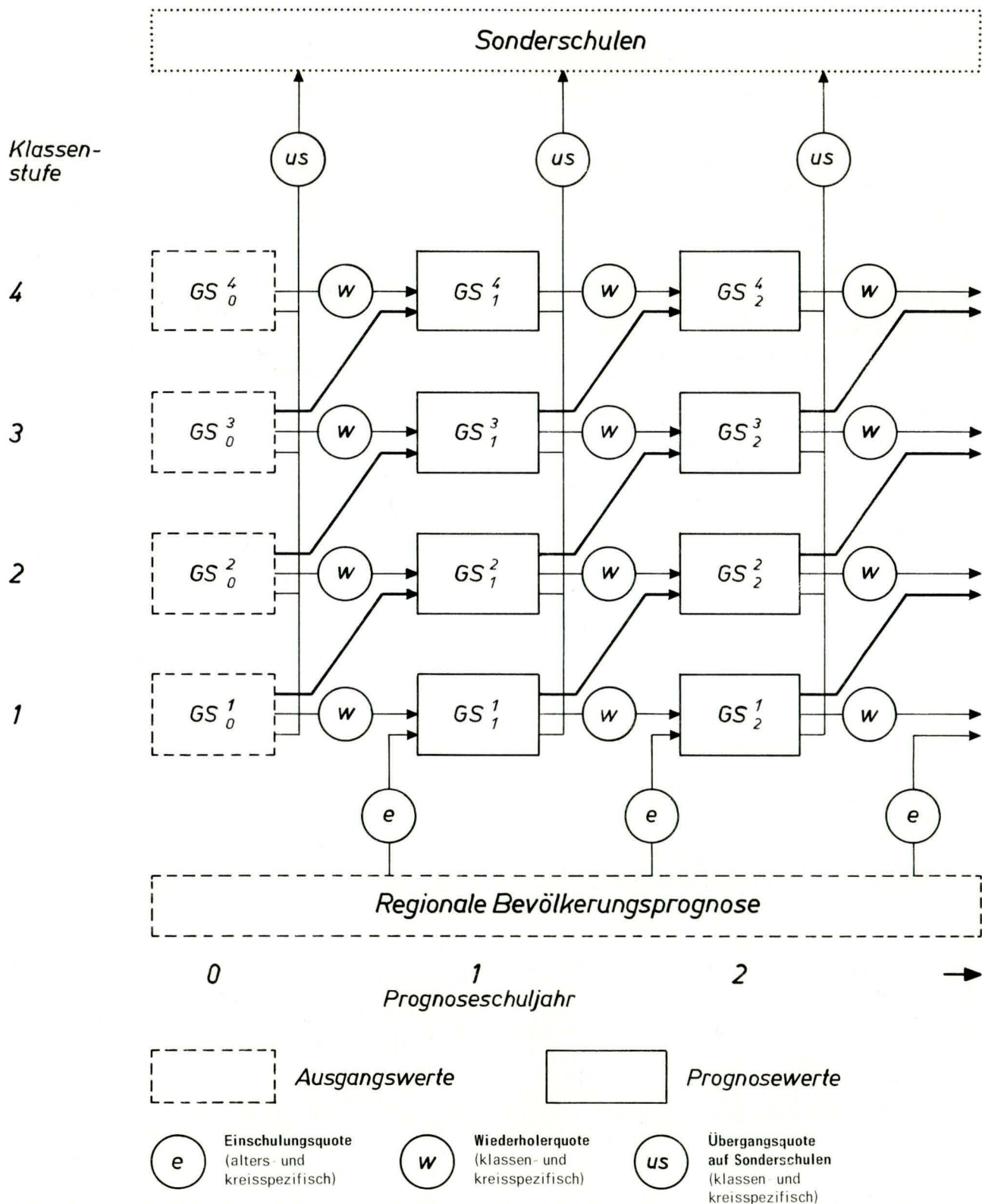
Schüler der Klassenstufe $i + 1$ am Beginn des Schuljahres $t + 1$

Übergänge, Zugänge, Abgänge und Wiederholer werden mit Hilfe entsprechender, auf den Schülerbestand bezogener Quoten prognostiziert, die in der Regel als Durchschnitt aus den Werten der letzten drei Beobachtungsjahre ermittelt und im Prognosezeitraum konstant gehalten werden. Selbst wenn die Entwicklung in der Vergangenheit Anhaltspunkte für eine Trendextrapolation liefert, ist die weitere Wirksamkeit der zugrunde liegenden Faktoren in der Zukunft meist schwer abzuschätzen. Trendberechnungen der Quoten sind daher nur in wenigen Ausnahmefällen vorgesehen.

Schulanfänger und Grundschulen

Die Fortschreibung des vorhandenen Schülerbestandes muß in den Prognosejahren jeweils um die neu aufgenommenen Schüler der Eingangsstufe ergänzt werden. Bei den Grundschulen (unter denen auch die

Ablaufschema für die Prognose der Schüler an Grundschulen



Klassenstufen 1 bis 4 an freien Waldorfschulen subsumiert werden) sind dies in der 1. Klassenstufe die erstmals eingeschulten Kinder in folgender Abgrenzung:

- in diesem Schuljahr erstmals schulpflichtige Kinder,
- bereits im vorangegangenen Schuljahr schulpflichtige Kinder, die damals aber vor Schulbeginn zurückgestellt wurden,
- noch nicht schulpflichtige Kinder (vorzeitig eingeschulte Kinder).

Im Verlauf des ersten Schuljahres zurückgestellt und im folgenden Jahr erneut aufgenommene Schüler werden den Wiederholern zugerechnet.

Zur Prognose der Ersteinschulungen werden altersspezifische Einschulungsquoten ermittelt, die den Anteil der Schulanfänger eines bestimmten Altersjahrgangs an der Gesamtzahl der Kinder gleichen Alters angeben. Dabei wird der Stützzeitraum für die Berechnung der Einschulungsquote der Sechsjährigen um ein Jahr zurückverlegt, da zwischen der Einschulungsquote der Siebenjährigen und der Einschulungsquote der Sechsjährigen im vorangegangenen Schuljahr ein Zusammenhang besteht. Diese Beziehung kann nicht vernachlässigt werden, wenn die Quoten von Jahr zu Jahr stärkeren Schwankungen unterworfen sind, wie es bei kleineren regionalen Einheiten häufig zu beobachten ist. Multipliziert man für jedes Prognosejahr die Zahl der Kinder eines Altersjahrgangs aus der regionalen Bevölkerungsprognose mit den kreis- und altersspezifischen Einschulungsquoten, so erhält man die Zahl der Schulanfänger.

Im Rahmen des Fortschreibungsverfahrens stellen die Ersteinschulungen die einzige Verknüpfung zwischen Schülerprognose und Bevölkerungsprognose her. Dies ist vor allem deswegen von Bedeutung, weil damit Vorgänge der Bevölkerungsbewegung im Prognosezeitraum nur berücksichtigt werden, soweit sie vor der Einschulung liegen. Sind die Einschulungen in den Rechengang eingeschleust, so läuft die Schülerprognose unbeeinflusst von der Bevölkerungsprognose ab. Während Sterbefälle von Schülern wegen der geringen Sterblichkeit in diesen Altersjahrgängen vernachlässigt werden können, ist dies hinsichtlich der Wanderungen nicht ohne weiteres möglich. Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt in der Altersgruppe der 6- bis 15jährigen zur Zeit bei etwa 5 % (Zuzüge) bzw. 3 % (Fortzüge), jeweils als Landeswert der Wanderungen über die Kreisgrenzen. Bei Betrachtung einzelner Kreise ergibt sich ein Spitzenwert von ca. 7 % bei den Zuzügen. Eine entsprechende Wanderungsprognose benötigt jedoch Informationen über Zu- und Fortzüge in derselben Differenzierung, in der auch der Rechengang der Schülerprognose erfolgt, d.h. nach Verwaltungsbezirken bzw. einzelnen Schulen und Klassenstufen. Abgesehen von der fehlenden Datengrundlage wäre eine solche Prognose auch dann zweifelhaft, wenn derartige Informationen vorlägen und ausreichend hohe Fallzahlen eine solide Schätzgrundlage böten, denn die in den letzten Jahren aufgetretenen Wanderungsströme können in ihrer Feingliederung nicht als so stabil angesehen werden, daß sie für eine Extrapolation in den mittelfristigen Prognosebereich geeignet wären.

Für den Wechsel auf andere Schularten kommen im Grundschulbereich nur die Schulformen der Sonderschule in Betracht. Übergänge auf Sonderschulen treten in allen Klassenstufen auf, allerdings sind die Übergangsquoten in der 3. und 4. Klassenstufe sehr niedrig. Auch Klassenwiederholer kommen in allen Klassenstufen vor, obwohl in bestimmten Klassenstufen seit einigen Jahren keine Versetzungszeugnisse mehr ausgestellt werden. Es ist nämlich zulässig, diese Klassenstufen freiwillig oder im Wege der Zurückstellung zu wiederholen. Die Übergangsquoten auf Sonderschulen und die Wiederholerquoten werden, ebenso wie die Einschulungsquoten, nach Kreisen differenziert. Damit wird regionalen Besonderheiten Rechnung getragen, wie sie etwa durch einen relativ hohen Anteil ausländischer Kinder oder die unterschiedliche Ausstattung mit Sonderschulen in einzelnen Kreisen gegeben sind.

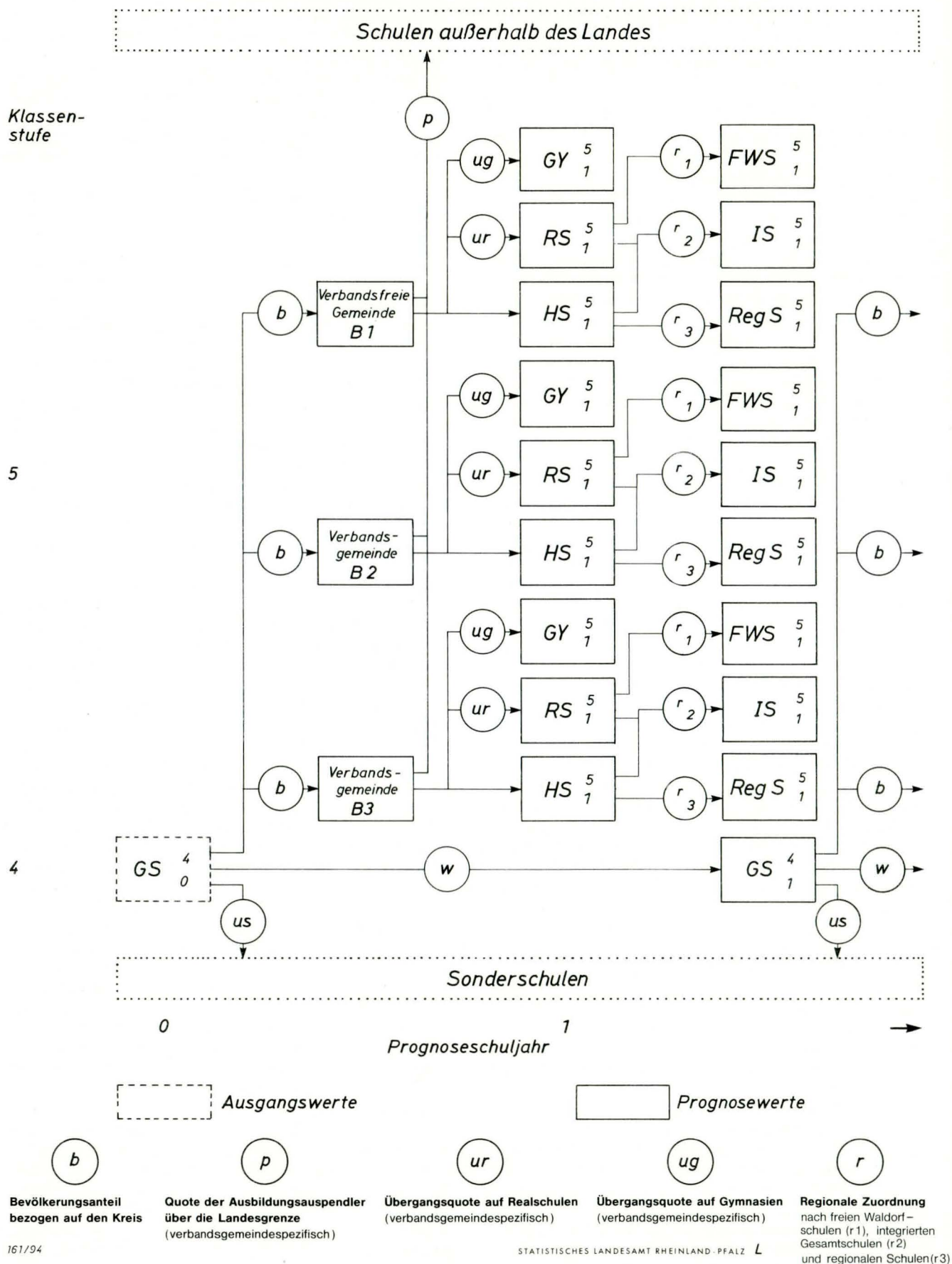
Übergänge auf die weiterführenden Schulen

Wie bei den Grundschulen muß auch bei den weiterführenden Schulen die Eingangsstufe, hier die 5. Klassenstufe, mit Zugängen ergänzt werden, die nicht bei der reinen Fortschreibung anfallen. Dies sind hier die Zugänge aus der 4. Klassenstufe der Grundschulen, deren Verteilung auf die Schularten der Sekundarstufe I und regional auf die einzelnen Schulen eine Schlüsselstelle des Prognosemodells bildet.

Die Präferenz für einen bestimmten Schulabschluß und die daraus resultierende Wahl der Schulart wird von einer Reihe von Faktoren beeinflusst, die räumlich in unterschiedlichem Maß gegeben sind. Auf der Nachfrageseite ist dabei vor allem die sozioökonomische Struktur der Bevölkerung von Bedeutung, die auch großräumig deutliche Unterschiede bewirkt, je nachdem, ob es sich um eher ländlich strukturierte oder um stärker verdichtete Gebiete handelt. Das schulische Angebot wirkt sich dagegen mehr auf der lokalen Ebene aus, wobei die räumliche Entfernung und die vorhandene Verkehrsinfrastruktur eine wesentliche Rolle spielen. Dies hat tendenziell zur Folge, daß die Neigung, ein Gymnasium oder eine Realschule zu besuchen, am Standort der Schule größer ist als in der Peripherie ihres Einzugsbereichs. Selbst innerhalb eines relativ kleinen Gebietes resultieren daraus erhebliche Abweichungen des Übergangsverhaltens, so daß zur Prognose der Schülerübergänge auf weiterführende Schulen Übergangsquoten verwendet werden, die nach Verbandsgemeinden bzw. verbandsfreien Gemeinden differenziert sind.

Da verbandsgemeindespezifische Übergangsquoten nur mit Hilfe der Einzugsbereichsstatistik zuverlässig bestimmt werden können, basiert ihre Berechnung auf dem Schülerbestand der 5. Klassenstufe. Der Schülerbestand enthält zwar nicht nur die Übergänge aus der 4. Klassenstufe, sondern auch Wiederholer und Zugänge von anderen Schulen. Die dadurch auftretenden Verzerrungen sind jedoch gering und können vernachlässigt werden. Schüler der schulartübergreifenden Orientierungsstufe werden auf Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien verteilt, wobei als Schlüssel der Anteil der jeweiligen Schulart an den Übergängen von der 6. Klassenstufe der schulartübergreifenden Orientierungsstufe zur 7. Klassenstufe dient. Durch ent-

Ablaufschema für die Prognose der Übergänge von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen



sprechende Umsortierung und Zusammenfassung der schulbezogen erhobenen Daten aus der Einzugsbereichsstatistik kann festgestellt werden, welche Schulart die in einer bestimmten Verbandsgemeinde ansässigen Schüler der 5. Klassenstufe besuchen. Der Anteil der einzelnen Schularten stellt dann die verbandsgemeindespezifische Übergangsquote dar.

Die gezielte Bildungswerbung in den 60er Jahren und die verschärfte Konkurrenzsituation am Lehrstellenmarkt seit den 70er Jahren führten dazu, daß immer mehr Jugendliche einen qualifizierten Schulabschluß anstrebten. Um der steigenden Nachfrage Rechnung zu tragen, wurden bestimmte Bereiche, insbesondere die Realschulen, in erheblichem Umfang ausgebaut. Die Freigabe des Elternwillens bezüglich der Schullaufbahnwahl führte 1991 zu einem deutlichen Anstieg der Übergangsquote auf Realschulen, und zwar zu Lasten der Hauptschule. Da grundsätzlich damit gerechnet werden muß, daß sich das Übergangsverhalten beim Wechsel von der Grundschule in die Schularten der Sekundarstufe I auch künftig noch wandelt, sieht das Prognosemodell eine Trendvorausschätzung vor. Die Prognose der Übergangsquoten unmittelbar auf der Verbandsgemeindeebene ist allerdings aus methodischen Gründen problematisch. Eine Trendextrapolation wird daher nur für die Landesdurchschnittswerte vorgenommen. Die prognostizierten Übergangsquoten werden in der Weise regionalisiert, daß die verbandsgemeindespezifischen Abweichungen vom Landeswert, die im Durchschnitt der letzten drei Beobachtungsjahre aufgetreten sind, für den Prognosezeitraum konstant gehalten werden.

Die prognostizierte Gesamtzahl der Schüler, die aus der 4. Klassenstufe vorrücken, liegt zunächst nur auf der für den Grundschulbereich maßgebenden Kreisebene vor. Dieser Bestand muß auf die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden des Kreises aufgeschlüsselt werden. Da das durchschnittliche Übergangsalter bei 10 bis 11 Jahren liegt, wird als Verteilungsschlüssel der Anteil der Verbandsgemeinde an der Gesamtzahl der Kinder dieses Alters im jeweiligen Kreisgebiet verwendet. Die hierfür benötigten Prognosedaten liefert eine Bevölkerungsvorausschätzung auf Verbandsgemeindeebene. Obwohl in dieser Prognose Wanderungen nicht berücksichtigt sind, erscheint es vertretbar, ihre Ergebnisse hier zur Bildung von Anteilswerten heranzuziehen.

Die für die einzelnen Schularten ermittelten Übergangsquoten umfassen nur Übergänge auf rheinland-pfälzische Schulen. Von der prognostizierten Gesamtzahl der Übergänge aus der 4. Klassenstufe der Grundschulen sind daher in einem zweiten Schritt die Ausbildungsauspendler über die Landesgrenze abzusetzen. Da statistische Angaben über die Auspendler nicht vorliegen, müssen die benötigten verbandsgemeindespezifischen Auspendlerquoten geschätzt werden. Hierzu werden wohnortbezogen die aus der Grundschule vorrückenden Schüler am Ende eines Schuljahres den entsprechenden Zugängen in den weiterführenden Schulen am Anfang des folgenden Schuljahres gegenübergestellt. Vorrückende Schüler, die nicht als Zugänge erscheinen, werden als Auspendler behandelt. Die Auspendlerquoten werden als Durch-

schnitt von drei Beobachtungsjahren ermittelt und im Prognosezeitraum konstant gehalten.

Die Schülerübergänge in die 5. Klassenstufe der Realschulen und der Gymnasien ergeben sich durch Multiplikation der je Verbandsgemeinde prognostizierten Gesamtzahl der Übergänge (ohne Auspendler) mit den verbandsgemeindespezifischen Übergangsquoten. Die Schülerübergänge auf die Hauptschulen werden als Differenz zwischen der Gesamtzahl und der Summe der Übergänge auf Realschulen und Gymnasien ermittelt.

Regionale Zuordnung

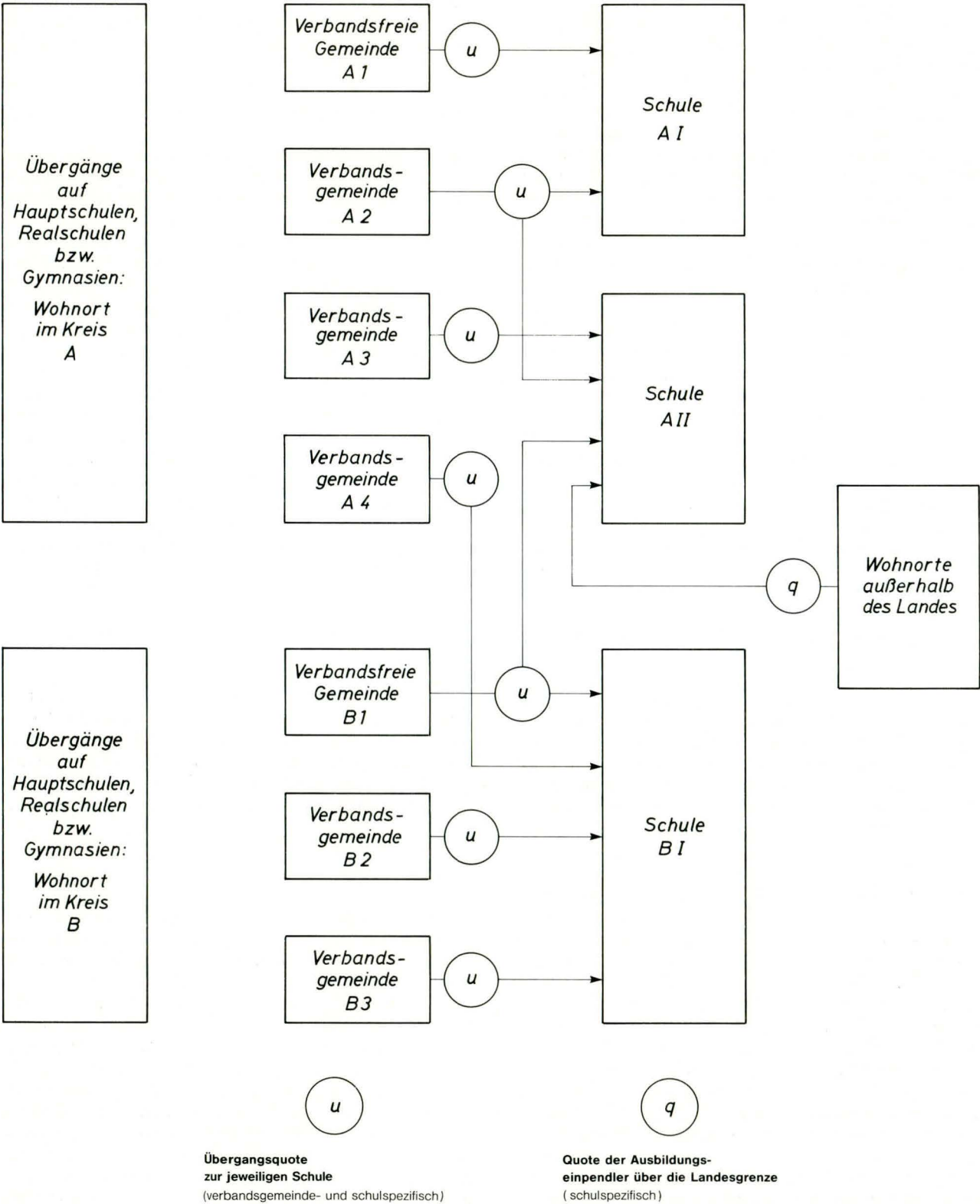
Die wohnortbezogen prognostizierten Übergänge sind schließlich den Schulen zuzuordnen, in deren Einzugsbereich der Wohnort des Schülers liegt. Durch Umsortierung der schulbezogen erhobenen Daten aus der Einzugsbereichsstatistik kann festgestellt werden, welche Schulen die in einer bestimmten Verbandsgemeinde oder verbandsfreien Gemeinde ansässigen Hauptschüler, Realschüler bzw. Gymnasiasten besuchen. Daraus läßt sich ein Verteilungsschlüssel ermitteln, nach dem beispielsweise Gymnasiasten einer Verbandsgemeinde einem oder auch mehreren Gymnasien zuzuordnen sind. Grundlage dieser Berechnung ist der Schülerbestand der 5. Klassenstufe in den letzten drei Beobachtungsjahren, nachdem der Schülerbestand an schulartübergreifenden Orientierungsstufen auf die beteiligten Schulen und die Wohnorte verteilt wurde. Diese Aufteilung orientiert sich an der Schultwahl beim Übergang von der 6. in die 7. Klassenstufe, wie sie im Durchschnitt der beiden aktuellsten Beobachtungsjahre auftrat. Da die Determinanten einer zukünftigen Änderung der Schuleinzugsbereiche der Prognose nicht zugänglich sind, wird der regionale Verteilungsschlüssel im Prognosezeitraum konstant gehalten.

Die auf die einzelnen Schulen entfallenden Schülerübergänge ergeben sich durch Multiplikation der wohnortbezogen prognostizierten Übergänge auf die jeweilige Schulart mit dem Verteilungsschlüssel. Damit ist der Bezug zur Schule hergestellt, und die Schülerübergänge können nach Schulen zusammengefaßt werden.

Einpendler und Internatsschüler

In einigen Grenzgebieten des Landes spielen Ausbildungseinpendler aus anderen Bundesländern eine größere Rolle. Da regionale Schülerprognosen für die meisten Nachbarländer nicht verfügbar sind, müssen die Zugänge von Grundschulen außerhalb des Landes autonom mit Hilfe von Einpendlerquoten vorausgeschätzt werden. Zusätzlich haben einige weiterführende Schulen einen beträchtlichen Anteil an Internatsschülern, deren Heimatwohnsitze in der Regel weiter entfernt und sehr verstreut liegen. Solche erratischen Schülerströme sind mit dem oben skizzierten Modell schlecht erfaßbar, das stabile, verbandsgemeindespezifische Schulbesuchsmuster voraussetzt. Daher werden Zugänge von Internatsschülern in der 5. Klasse ebenfalls separat geschätzt. Die Quoten für Einpendler und

Ablaufschema für die Prognose der Wohnort-Schule-Verflechtung bei Übergängen von den Grundschulen auf die weiterführenden Schulen



Internatsschüler werden je Schule als Anteil an der Schülerzahl der 5. Klassenstufe in den letzten drei Beobachtungsjahren ermittelt. Der Durchschnittswert wird über den Prognosezeitraum konstant gehalten.

Übergänge auf integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen und regionale Schulen

Das beschriebene Verfahren zur Prognose der Schülerübergänge von der 4. Klassenstufe der Grundschulen setzt voraus, daß im gesamten Gebiet des Landes für jede weiterführende Schullart ein flächendeckendes Netz von Schulen besteht. Dies ist jedoch bei den integrierten Gesamtschulen, den freien Waldorfschulen sowie den regionalen Schulen nicht der Fall. Andererseits ist aber auch für diese Schulen eine exakte Abgrenzung der Einzugsbereiche erforderlich, da ihre Existenz das Übergangsverhalten örtlich stark beeinflußt. Rechnerisch wird dieses Problem gelöst, indem die nicht flächendeckend vorhandenen Schultypen

einer der drei ursprünglichen Schularten zugeordnet werden. Diese Zuordnung gilt nur für die Berechnung des Übergangsverhaltens von der 4. zur 5. Klassenstufe und wird danach wieder aufgehoben. So werden die Übergänge auf integrierte Gesamtschulen – in den Ausgangsdaten und im Prognosedurchlauf – den Hauptschulen (Kastellaun) bzw. den Realschulen (andere integrierte Gesamtschulen) zugeordnet. Freie Waldorfschulen werden mit den Realschulen zusammengefaßt, der Schulversuch „Regionale Schule“ wird dem Hauptschulbereich zugeschlagen. Aufgrund dieser Gruppierungen werden die Quoten für die Schullartwahl und die Wohnort-Schule-Verflechtung bestimmt. Nach Anwendung dieser Verhaltensparameter im Prognoserechengang werden die Übergänge auf integrierte Gesamtschulen, freie Waldorfschulen und regionale Schulen mittels der Schlüsselnummern dieser Schulen identifiziert und von den Übergängen auf Hauptschulen bzw. Realschulen getrennt.

Dr. Matthias Hauk

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Handwerkszählung 1995

Nach 1949, 1956, 1963, 1968 und 1977 wird 1995 mit Stichtag 31. März die sechste Handwerkszählung in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Grundlage dieser Erhebung ist das Gesetz über Statistiken im Handwerk (Handwerkstatistikgesetz – HwStatG) vom 7. März 1994 (BGBl. I S. 417). Als Bestandsaufnahmen zählen diese Erhebungen zu den wichtigsten statistischen Quellen über das Handwerk. Neben einem Gesamtüberblick vermitteln sie ausgewählte Strukturdaten über diesen Bereich.

Mit dem neuen Handwerkstatistikgesetz wird generell die statistische Erfassung in diesem Bereich geregelt:

- vierteljährlich die Handwerksberichterstattung als Stichprobe nach einem mathematisch-statistischen Zufallsverfahren und den Erhebungsmerkmalen Umsatz und tätige Personen,
- in einem Abstand von acht bis zehn Jahren, beginnend 1995, allgemeine Handwerkszählungen sowohl für selbständige Handwerker als auch handwerkliche Nebenbetriebe.

Darüber hinaus ermächtigt das Gesetz in § 9 das Bundesministerium für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates eine Zählung handwerksähnlicher Betriebe zu veranlassen. Diese Erhebung kann nur getrennt von den Handwerkszählungen stattfinden und war der Grund für die jahrelangen Verhandlungen der gesetzgebenden Gremien über das Handwerkstatistikgesetz. Nach gegenwärtigem Stand ist beabsichtigt, ein Jahr nach dem Zensus, d.h. im Frühjahr 1996, die Betriebe und Unternehmen, deren Inhaber in das Verzeichnis der Inhaber handwerksähnlicher Betriebe eingetragen ist, zu befragen.

Aufgaben der Zählung

Zwei Schwerpunkte kennzeichnen den Zensus 1995. Neben der Darstellung der Bedeutung des Handwerks im Rahmen der Gesamtwirtschaft soll eine neue Basis für die stichprobenweise Durchführung der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung geschaffen werden.

Wirtschaftssystematisch läßt sich das Handwerk nicht einem bestimmten Wirtschaftsbereich zuordnen. Die Palette der Tätigkeitsfelder reicht von der Warenproduktion und der Reparatur bis zum Handel und zu den Dienstleistungen. Kennzeichen des Handwerks ist der hohe Anteil kleinerer und mittlerer Unternehmen mit erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung. Der strukturelle Wandel im Handwerk hat sich auch im letzten Jahrzehnt fortgesetzt. Durch weiter verbesserte und neue Technologien entstanden völlig andere als bisher bekannte Produktionsverfahren.

Demgegenüber verloren die traditionellen Handwerke mit überwiegend individueller Tätigkeit erheblich an Bedeutung. Bedingt durch diese strukturellen Verschiebungen haben die Daten der letzten Handwerkszählung aus dem Jahre 1977 keine Aussagekraft mehr und müssen durch aktuelle Angaben ersetzt werden, die für eine erfolgreiche und effiziente Wirtschaftspolitik dringend benötigt werden.

Neben der Darstellung gegenwartsnaher Strukturen dienen die Handwerkszählungen auch – ebenso wie andere Zensen – als Auswahlgrundlage für Stichprobenerhebungen. Die inzwischen 18 Jahre alte Auswahl der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung ist

Verzeichnis der Gewerbe, die als Handwerk betrieben werden können (laut Anlage A der Handwerksordnung)

Nr.	Gewerbe	Nr.	Gewerbe	Nr.	Gewerbe
I Gruppe der Bau- und Ausbaugewerbe					
001	Maurer	007	Straßenbauer	013	Steinmetze und Steinbildhauer
002	Beton- und Stahlbetonbauer	008	Wärme-, Kälte- und Schallschutzisolierer	014	Stukkateure
003	Feuerungs- und Schornsteinbauer	009	Fliesen-, Platten- und Mosaikleger	015	Maler und Lackierer
004	Backofenbauer	010	Betonstein- und Terrazzohersteller	016	Kachelofen- und Luftheizungsbauer
005	Zimmerer	011	Estrichleger	017	Schornsteinfeger
006	Dachdecker	012	Brunnenbauer		
II Gruppe der Elektro- und Metallgewerbe					
018	Metallbauer	028	Landmaschinenmechaniker	040	Uhrmacher
019	Chirurgiemechaniker	029	Feinmechaniker	041	Graveure
020	Karosserie- und Fahrzeugbauer	030	Büchsenmacher	042	Ziseleure
021	Maschinenbaumechaniker	031	Klempner	043	Galvaniseure und Metallschleifer
022	Werkzeugmacher	032	Gas- und Wasserinstallateure	044	Gürtler und Metallprücker
023	Dreher	033	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	045	Zinngießer
024	Zweiradmechaniker	034	Kupferschmiede	046	Metallformer und Metallgießer
200	Kälteanlagenbauer	035	Elektroinstallateure	047	Glockengießer
025	Büroinformationselektroniker	036	Elektromechaniker	048	Schneidwerkzeugmechaniker
026	Kraftfahrzeugmechaniker	037	Fernmeldeanlagenelektroniker	049	Goldschmiede
027	Kraftfahrzeugelektriker	038	Elektromaschinenbauer	050	Silberschmiede
		039	Radio- und Fernsehtechniker	051	Gold-, Silber- und Aluminiumschläger
III Gruppe der Holzgewerbe					
052	Tischler	057	Modellbauer	061	Holzbildhauer
053	Parkettleger	058	Wagner	062	Böttcher
054	Rolladen- und Jalousiebauer	059	Drechsler (Elfenbeinschnitzer)	063	Bürsten- und Pinselmacher
055	Bootsbauer	201	Holzspielzeugmacher	064	Korbmacher
056	Schiffbauer	060	Schirmmacher		
IV Gruppe der Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe					
065	Herrenschnneider	071	Weber	077	Schuhmacher
066	Damenschnneider	072	Seiler	079	Gerber
067	Wäscheschneider	073	Segelmacher	080	Sattler
068	Sticker	074	Kürschner	081	Feintäschner
069	Stricker	075	Hut- und Mützenmacher	082	Raumausstatter
070	Modisten	076	Handschuhmacher		
V Gruppe der Nahrungsmittelgewerbe					
083	Bäcker	085	Fleischer	087	Brauer und Mälzer
084	Konditoren	086	Müller	088	Weinküfer
VI Gruppe der Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie der chemischen und Reinigungsgewerbe					
089	Augenoptiker	093	Orthopädieschuhmacher	096	Textilreiniger
090	Hörgeräteakustiker	094	Zahntechniker	097	Wachszieher
091	Orthopädiemechaniker und Bandagisten	095	Friseure	099	Gebäudereiniger
VII Gruppe der Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe					
100	Glaser	108	Buchdrucker: Schriftsetzer; Drucker	118	Handzuginstrumentenmacher
101	Glasveredler	109	Steindrucker	119	Geigenbauer
102	Feinoptiker	110	Siebdrucker	203	Bogenmacher
103	Glasapparatebauer	111	Flexografen	120	Metallblasinstrumenten- und Schlagzeugmacher
126	Thermometermacher	112	Chemigrafen	121	Holzblasinstrumentenmacher
104	Glas- und Porzellanmaler	113	Stereotypeure	122	Zupfinstrumentenmacher
105	Edelsteinschleifer	114	Galvanoplastiker	123	Vergolder
202	Edelsteingraveure	115	Keramiker	124	Schilder- und Lichtreklamenhersteller
106	Fotografen	116	Orgel- und Harmoniumbauer	125	Vulkaniseure und Reifenmechaniker
107	Buchbinder	117	Klavier- und Cembalobauer		

veraltet. Aus diesem Grund hat Rheinland-Pfalz auch nach dem 4. Quartal 1992 die Veröffentlichung von Ergebnissen eingestellt.

Eintrag in die Handwerksrolle ist entscheidend

Zur Handwerkszählung sind alle in der Handwerksrolle erfaßten Einheiten meldepflichtig, soweit diese am Stichtag 31. März 1995 bestehen. Die zu diesem Zeitpunkt ruhenden Unternehmen werden nicht einbezogen.

Wie die vorhergehenden Erhebungen basiert auch die Zählung 1995 auf dem Unternehmenskonzept. Dabei sind neben den selbständigen Handwerksunternehmen auch die handwerklichen Nebenbetriebe von nichthandwerklichen Unternehmen einzubeziehen. Für selbständige Unternehmen gilt, daß in die Meldungen dieser Einheiten auch alle Filialen und Verkaufsstellen im Bundesgebiet sowie alle nichthandwerklichen Teile einzubeziehen sind. Als eigene Einheiten werden die handwerklichen Nebenbetriebe von Unternehmen des „Nichthandwerks“ angesehen. Unter einem „Nebenbetrieb“ ist hier nicht die „örtliche Einheit“ im statistischen Sinne zu verstehen, sondern der „Nebenbetrieb“ im Sinne der Handwerksordnung (HwO). Nach den §§ 2 und 3 HwO ist ein Nebenbetrieb in etwa vergleichbar mit einem Unternehmensteil, der in die Handwerksrolle eingetragen sein muß. Ein Beispiel für einen Nebenbetrieb ist die Bäckerei- oder Fleischwarenabteilung in einem Kaufhaus.

Überschaubares Erhebungsprogramm

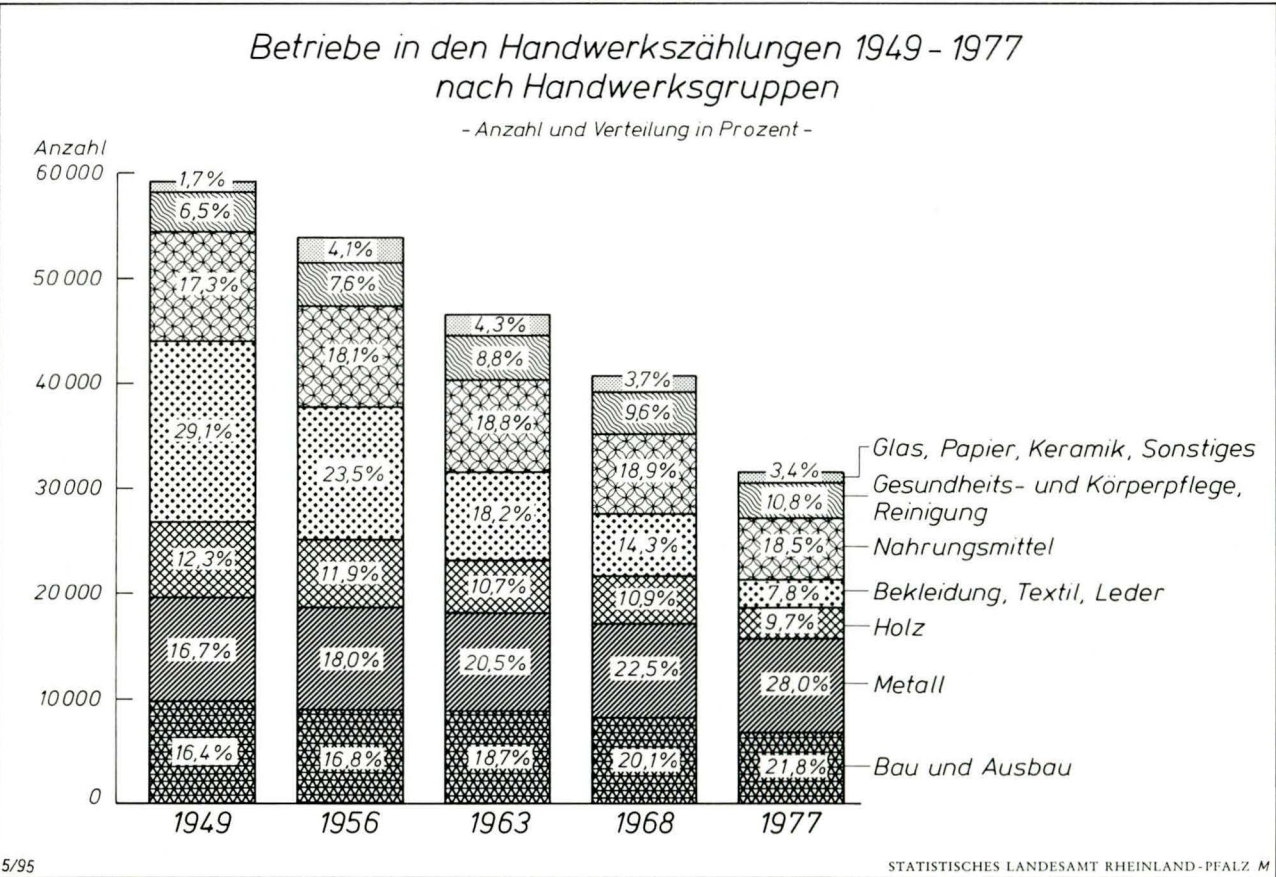
Um die Auskunftspflichtigen zu entlasten, hat sich der Gesetzgeber bei der Festlegung des Fragenkataloges auf die wichtigsten Erhebungselemente beschränkt, die zudem weitgehend mit denen früherer Erhebungen vergleichbar sind. Zu den allgemeinen Angaben zählen bei den selbständigen Handwerksunternehmen

- die ausgeübte wirtschaftliche Tätigkeit mit Schwerpunktbestimmung (Angaben über den Wirtschaftszweig),
- die Zahl der Arbeitsstätten,
- das Gründungsjahr bzw. das Jahr der Übernahme,
- die Rechtsform.

Bei den handwerklichen Nebenbetrieben ist allgemeines Merkmal die Art des Unternehmens, zu dem der Nebenbetrieb gehört.

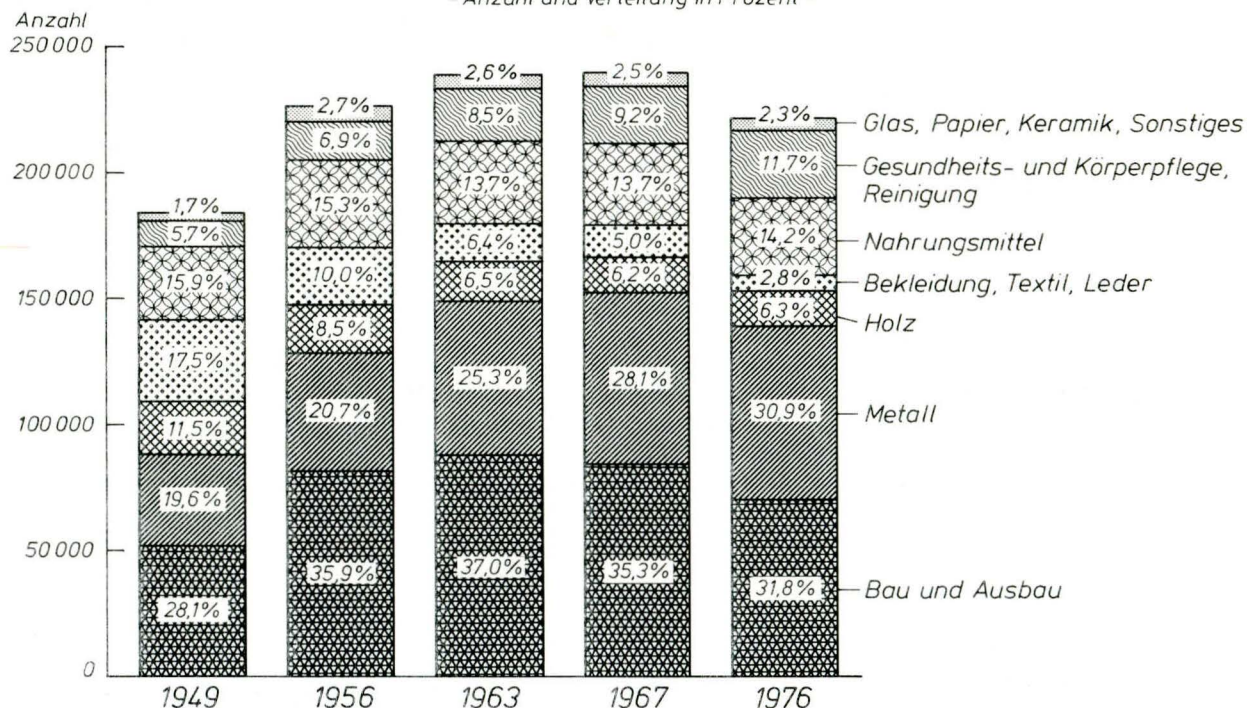
Bei allen einbezogenen Unternehmen werden die folgenden Strukturdaten erfragt:

- das hauptsächlich ausgeübte Gewerbe nach Anlage A der Handwerksordnung,
- die tätigen Personen am 30. September 1994 nach Geschlecht und Stellung im Betrieb,
- die tätigen Personen insgesamt am Stichtag 31. März 1995,
- die Bruttolöhne und -gehälter 1994,
- die gesetzlichen Sozialkosten 1994,



Beschäftigte in den Betrieben der Handwerkszählungen 1949 - 1977 nach Handwerksgruppen

- Anzahl und Verteilung in Prozent -



5/95

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

- der Umsatz 1994 insgesamt und nach Art des Umsatzes,
- die Absatzrichtung 1994 in Anteilen am gesamten Umsatz.

- Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (17),
- Nahrungsmittelgewerbe (6),
- Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungsgewerbe (9),
- Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe (29).

Darstellung der Ergebnisse

Ein bereits konzipiertes und nach dem Bausteinsystem aufgebautes Tabellenprogramm erlaubt den Nachweis tiefgegliederter Ergebnisse sowohl in regionaler (Gemeinde, kreisfreie Städte und Landkreise, Land) als auch wirtschaftssystematischer Sicht. Ebenso werden Ergebnisse nach Handwerkskammerbezirken zur Verfügung gestellt werden. Mit der Veröffentlichung erster Eckzahlen ist - bei ordnungsgemäßem Verlauf der Zählung - zur Jahreswende 1995/96 zu rechnen. Hinsichtlich der systematischen Gliederung erfolgt ein Nachweis nach Gewerbebezügen und nach Wirtschaftszweigen.

Die Gewerbebezugsystematik läßt sich als „Berufssystematik“ des Handwerks bezeichnen und ist durch die Anlage A der Handwerksordnung vorgegeben. Hierzu zählen derzeit 127 Gewerbebezüge, die sich in die folgenden sieben Gewerbegruppen aufgliedern (in Klammern die Zahl der Gewerbe):

- Bau- und Ausbaugewerbe (17),
- Elektro- und Metallgewerbe (35),
- Holzgewerbe (14),

In der Wirtschaftszweigsystematik (Fassung 1993) werden die Unternehmen nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet. Dabei erfolgt die Zuordnung im Statistischen Landesamt auf Grund der Angaben der befragten Unternehmen. Da infolge der allgemeinen ökonomischen und technologischen Entwicklung von Zeit zu Zeit gewisse Anpassungen der Systematiken an den neuesten Stand erforderlich werden, ist der Zeitvergleich nach der Wirtschaftszweigsystematik nur eingeschränkt möglich. Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen ist eine wichtige Voraussetzung für die Zusammenführung mit den Ergebnissen anderer statistischer Bereiche.

Durchführung der Zählung

Nach § 8 des Handwerkstatistikgesetzes übermitteln die Handwerkskammern dem Statistischen Landesamt auf Anforderung Namen und Anschrift sowie die Art der in die Handwerksrolle eingetragenen Unternehmen. Die Bereitstellung dieser Angaben erfolgte durch die vier rheinland-pfälzischen Kammern im Herbst 1994. Um mit möglichst aktuellen Angaben die Zählung durchführen zu können, erhält das Statistische Landesamt im

Februar 1995 alle Änderungseintragungen in der Rolle, die seit der Lieferung im Herbst eingetreten sind. Aufgrund des per Datenträger gelieferten Materials, das durch Plausibilitätsläufe den Anforderungen der Zählung angepaßt werden mußte, ist von einem Gesamtbestand von fast 36 000 zu befragenden Unternehmen auszugehen. Bedingt durch die Größe der einzelnen Kammern ist die Zahl der Rolleneintragungen recht unterschiedlich; so werden bei der Koblenzer Kammer 13 500 Unternehmen geführt, bei der Handwerkskammer der Pfalz in Kaiserslautern sind es rund 12 500. Bedeutend weniger Rolleneintragungen gibt es bei den Kammern in Trier und Rheinhessen (Mainz) mit jeweils etwa knapp 5 000 Unternehmen.

Nach Lieferung der bundeseinheitlich gestalteten Erhebungsvordrucke erfolgt die maschinelle Bedruckung der Bogen mit Namen und Anschrift des zu befragenden Unternehmens sowie des etwa vier Wochen später liegenden Rücksendetermins. Der Versand der Unterlagen soll rund zehn Tage vor dem Stichtag erfolgen.

Über den Zentralverband des Deutschen Handwerks und die jeweiligen Kammern wird in den handwerksspezifischen Mitteilungen und Veröffentlichungen über die Handwerkszählung informiert.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Länderbeteiligung bei statistischen Vorhaben der Europäischen Union

Dieser Beitrag von Abteilungsdirektorin Dr. Ortrud Kötz ist in „Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen“ Heft 9/1994 erschienen. Er wird hier wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung mit freundlicher Genehmigung der Autorin veröffentlicht.

Statistik ist seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften ein europäisches Tätigkeitsfeld, das sich inzwischen stark ausgeweitet hat. Obwohl in Deutschland die statistischen Landesämter die Produzenten der Gemeinschaftsstatistiken sind und die Hauptlast der Kosten zu tragen haben, hat es mehr als 30 Jahre gedauert, bis sie aktiv die Gemeinschaftsstatistik mitgestalten konnten.

Die hier dargestellte Entwicklung der unterschiedlichen Verfahren zur Unterrichtung der Länder und ihrer Mitwirkung ist das Ergebnis einer langen Diskussion von Bund und Ländern, die schließlich mit dem neuen „Europaartikel“ 23 Grundgesetz (GG) zu einer verfassungsmäßigen Verankerung der Ländermitwirkung bei der Entwicklung der Europäischen Union führte.

Vorbemerkung

Statistik hat nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaften schon sehr bald eine Rolle gespielt, und ihre Bedeutung ist bis Mitte der achtziger Jahre kontinuierlich gewachsen. Als Nachfolger des 1953 eingerichteten Statistischen Dienstes der Hohen Behörde für Kohle und Stahl wurde 1958 der Statistische Dienst der Europäischen Gemeinschaften gegründet. Daraus hat sich das heutige Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT, entwickelt.

Der Auf- und Ausbau von EUROSTAT und seiner Vorläufer stand einerseits im Zusammenhang mit der schrittweisen Erweiterung der Gemeinschaft. Zum anderen hat die insgesamt wachsende Nachfrage nach Gemeinschaftsstatistiken, die als öffentliches Gut grundsätzlich jedem zur Verfügung stehen, einen weiteren Wachstumsimpuls ausgelöst. Hauptkonsumenten der Gemeinschaftsstatistiken waren die Gemein-

schaftsorgane, insbesondere die Kommission mit ihrem kontinuierlich zunehmenden Bedarf an vergleichbaren, zuverlässigen, aussagekräftigen und aktuellen statistischen Informationen. Sie wurden genutzt für die Konzeption, Realisierung, Überwachung und Bewertung der in den Verträgen vorgesehenen Gemeinschaftspolitiken.

Als sich mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) und dem Maastrichter Vertrag (1993) der Tätigkeitsbereich der Gemeinschaft durch die Kompetenzzuweisung neuer Politikfelder stark ausweitete, stieg der Statistikbedarf auf Gemeinschaftsebene noch einmal sprunghaft an.

Obwohl in Deutschland die statistischen Landesämter seit den 50er Jahren die Hauptproduzenten der gemeinschaftlichen Statistiken sind und sie damit zugleich die Hauptlast der Kosten zu tragen haben, hat es doch mehr als 30 Jahre gedauert, bis ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der gemeinschaftlichen Statistik eingeräumt wurden.

Im folgenden wird die Entwicklung der unterschiedlichen Verfahren zur Unterrichtung der Länder und ihrer Mitwirkung dargestellt.

Unterrichtung und Ländermitwirkung

1. Zuleitungsverfahren 1957
Ratifizierungsgesetz zu den Römischen Verträgen
2. Länderbeteiligung 1979
Erklärung des Bundeskanzlers
3. Bundesratsverfahren 1986
Ratifizierungsgesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte
4. Bundesratsverfahren 1992/93
Art. 23 Grundgesetz

Der neue Europaartikel, der 1992 als Artikel 23 in das Grundgesetz eingefügt wurde¹⁾, ein Ausführungsgesetz zu Artikel 23²⁾ und eine Bund-Länder-Vereinbarung zum Ausführungsgesetz³⁾, beide aus dem Jahre 1993, bilden den vorläufigen Endpunkt einer langen und z.T. strittigen Auseinandersetzung von Bund und Ländern über die Beteiligung der Länder bei der Durchführung der Gemeinschaftsverträge, insbesondere bei den Rechtsetzungsverfahren von sekundärem Gemeinschaftsrecht. Die Forderung der Länder zielte darauf, ihren Verlust an Kompetenzen und Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Übertragung von Hoheitsrechten auf die Gemeinschaft u. a. durch entsprechende innerstaatliche Beteiligungsrechte zu kompensieren.

Zuleitungsverfahren 1957

Ratifizierungsgesetz zu den Römischen Verträgen

Der erste noch erfolglose Vorstoß der Länder wurde bereits 1951 bei der Behandlung des Ratifizierungsgesetzes zum ersten der drei Gemeinschaftsverträge, dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, unternommen⁴⁾. Der zweite Versuch erfolgte im Zusammenhang mit dem Ratifizierungsgesetz von 1957 zu den Römischen Verträgen, das sind die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft⁵⁾. Das hier festgelegte Zuleitungsverfahren blieb noch weit hinter den Forderungen der Länder nach innerstaatlichen Mitwirkungsrechten als Ausgleich für die Aushöhlung ihrer Hoheitsrechte zurück. Der Artikel 2 des Ratifizierungsgesetzes zu den Römischen Verträgen räumte den Ländern 1957 lediglich die passive Empfängerrolle von eingeschränkten Informationen durch die Bundesregierung ein. Es wurde festgelegt, daß die Bundesregierung den Bundesrat über die Entwicklungen im Rat der Europäischen Atomgemeinschaft laufend unterrichtet. Die Unterrichtung sollte vor der Beschlußfassung im Rat erfolgen, soweit durch Beschluß des Rates innerdeutsche Gesetze erforderlich wurden (z. B. Richtlinien) oder in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbares Recht (z. B. durch Verordnungen) geschaffen wurde⁶⁾.

Länderbeteiligungsverfahren 1979

Erklärung des Bundeskanzlers

Die für die Länder noch unbefriedigende Regelung des Zuleitungsverfahrens führte schließlich zu neuen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, dessen Ergebnis durch die Erklärung des Bundeskanzlers (Schmidt) von 1979 über ein neues Beteiligungsverfahren formalisiert wurde. Sie wurde vom Vorsitzenden der Ministerkonferenz (Rau) angenommen⁷⁾. Die Länder sahen sich durch den Bundesrat als Bundesorgan bei Materien, die in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen, nicht ausreichend repräsentiert. Die Länder forderten daher eine unmittelbare Mitwirkung. Man einigte sich schließlich auf ein neues, neben das Zuleitungsverfahren tretendes Informations- und Beteiligungssystem. Das Länderbeteiligungsver-

fahren von 1979 sah jetzt eine rechtzeitige und umfassende Information über die Vorhaben der Europäischen Gemeinschaften vor. Den Ländern wurde außerdem die Möglichkeit eingeräumt, bei EG-Vorhaben, die innerstaatlich in die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder fallen würden, ihren einstimmigen Standpunkt eingehend und umfassend darzustellen. Der Bund durfte davon nur aus zwingenden außen- und integrationspolitischen Gründen abweichen. Bei EG-Vorhaben, die wesentliche Interessen der Länder berührten, sollten die Länder angehört werden. Wesentliche Interessen der Länder wurden danach insbesondere durch Maßnahmen berührt, die zu einer finanziellen, verwaltungsmäßigen oder sonstigen Belastung der Länder geführt hätten⁸⁾.

Die Bundesstatistik gehört zwar zu den Gegenständen der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes (Artikel 73 Abs. 11 GG), doch sind bei gemeinschaftlichen Statistikvorhaben wesentliche Interessen der Länder tangiert. Sie sind in der Regel für deren Durchführung zuständig und tragen die damit verbundenen Kosten. Die Finanzierungszuschüsse der Kommission zu einzelnen gemeinschaftlichen Statistikvorhaben sind, gemessen am gesamten Kostenvolumen der Gemeinschaftsstatistik, vernachlässigbar.

Aber auch das neue Länderbeteiligungsverfahren von 1979 war eine noch unbefriedigende Lösung⁹⁾. Da der Bundesrat an diesem Verfahren nicht beteiligt war, bestand für die Länder im Rahmen ihrer interföderalen Zusammenarbeit der Zwang zur Einstimmigkeit bei Stellungnahmen zu EG-Vorhaben. Die Information durch die Bundesregierung war nach Ansicht der Länder oft nicht weitgehend genug, und sie erfolgte zudem nicht immer rechtzeitig. Die Doppelgleisigkeit von Zuleitungsverfahren und Länderbeteiligungsverfahren erwies sich als nicht praktikabel¹⁰⁾. Kennzeichnend für das Scheitern der Länderbeteiligungsverfahren war auch, daß die Länder zu keinem der mehr als 1 000 EG-Vorhaben, die ihnen im Rahmen des Ländermitwirkungsverfahrens zwischen 1979 und 1986 übermittelt wurden, von sich aus gemeinsam Stellung genommen haben¹¹⁾.

Bundesratsverfahren 1986

Ratifizierungsgesetz zur Einheitlichen Europäischen Akte

Das Länderbeteiligungsverfahren wurde schließlich 1986 durch den Artikel 2 des Ratifizierungsgesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte (EEAG) abgelöst¹²⁾. Darin wurde wieder ein Beteiligungsverfahren auf der Ebene des Bundesrates normiert. Einzelheiten des neuen Bundesratsverfahrens wurden in einer Bund-Länder-Vereinbarung festgeschrieben^{13) 14)}. Der Artikel 2 EEAG nahm einige Überlegungen des Länderbeteiligungsverfahrens von 1979 auf und führte sie weiter. Er legte fest, daß die Bundesregierung den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft unterrichten sollte, die für die Länder von Interesse sein könnten. Vor der Zustimmung zu Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaften, die die ausschließlichen Gesetzgebungsmaterien der Länder betreffen oder deren wesentliche Interessen berühren (letzteres trifft

Anmerkungen am Ende des Beitrages.

für die gemeinschaftlichen Statistikrechtsakte zu), bekam der Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme binnen angemessener Frist. Die Stellungnahmen wurden dann von der Bundesregierung bei den Verhandlungen berücksichtigt. Nur aus unabweisbaren außen- und integrationspolitischen Gründen durfte die Bundesregierung von diesen Stellungnahmen abweichen, aber auch nur, sofern es sich um ausschließliche Gesetzgebungsmaterien der Länder handelte.

Die Bundesregierung hatte dem Bundesrat dann die maßgeblichen Gründe mitzuteilen. Bei allen übrigen EG-Vorhaben bezog die Bundesregierung die Stellungnahmen des Bundesrates in ihre Abwägungen ein. Sofern sie davon abwich, teilte die Bundesregierung dem Bundesrat auf Verlangen die maßgeblichen Gründe mit.

Der Artikel 2 EEAG regelte darüber hinaus formell die Teilnahme von Ländervertretern in Gremien des Rates und der Kommission. Sofern dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben war (z. B. bei Statistikrechtsakten), mußten auf Verlangen Vertreter der Länder zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien der Kommission und des Rates hinzugezogen werden, soweit die Bundesregierung dies ermöglichen konnte.

Auch vor dieser formellen Regelung war es durchaus schon üblich, bei Sitzungen unterschiedlicher EG-Gremien Ländervertreter in die deutsche Delegation aufzunehmen¹⁵⁾. Den statistischen Landesämtern hat der Artikel 2 EEAG allerdings neue Möglichkeiten eröffnet.

Bis Ende der achtziger Jahre wurden die Verhandlungen über die Gemeinschaftsstatistiken in den unterschiedlichen Gremien der Kommission und des Rates von Vertretern des Bundes, d.h. von Vertretern der zuständigen Ressorts und des Statistischen Bundesamtes geführt. Eine Änderung wurde angestoßen, als 1989 das gemeinschaftsstatistische Programmplanungsverfahren institutionalisiert wurde. Das bisher von EUROSTAT festgelegte Statistikprogramm wurde nun als Mehrjahresprogramm 1989 – 1992 durch einen Rechtsakt des Rates verabschiedet¹⁶⁾. Gleichzeitig gründete der Rat durch einen weiteren Beschluß den Ausschuß für das Statistische Programm (ASP) der Europäischen Gemeinschaften¹⁷⁾. Damit wurden die Überlegungen der statistischen Landesämter, in Gemeinschaftsgremien vertreten zu sein, intensiviert. Im Ergebnis führten sie dazu, daß der Bundesrat seit 1989 Vertreter der statistischen Landesämter als seine Beauftragten für verschiedene europäische Statistikgremien bestellt.

Durch Beschluß vom 30. 6. 1989¹⁸⁾ bat der Bundesrat die Bundesregierung, zu den weiteren Verhandlungen über den Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die Statistiken des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten als seinen Beauftragten einen Vertreter von Nordrhein - Westfalen, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik, hinzuzuziehen. Hierbei handelt es sich um eine Statistik, deren Durchführung im Statistischen Bundesamt erfolgte. Der Beteiligungswunsch der statistischen Landesämter war daher nicht, wie sonst üblich, in ihrer Rolle als Statistikproduzenten begründet, sondern lag in ihrem Interesse als Statistikkonsumenten.

Es galt sicherzustellen, daß nach der Verwirklichung des Binnenmarktes 1993 und der damit notwendigen Umstellung der Erfassung des Warenhandels innerhalb der Gemeinschaft auch weiterhin regionale Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden konnten. Diese Benennung war ausschließlich auf die Teilnahme an der Behandlung des spezifischen Rechtsaktes in dem Ausschuß für Außenhandelsstatistik abgestellt. Sie erfolgte „vorlagenbezogen“ und endete mit der Verabschiedung der Verordnung¹⁹⁾.

Neben den vorlagenbezogenen Benennungen gab es die sogenannten „gremienbezogenen“ Benennungen des Bundesrates, die inzwischen für zwei vom Rat eingesetzte statistische Ausschüsse beschlossen wurden, und zwar für den

- Ausschuß für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften²⁰⁾ und den
- Ausschuß für die statistische Geheimhaltung²¹⁾.

Die Benennung erfolgte personenbezogen für 3 Jahre, eine Wiederbenennung bleibt möglich. Für den Ausschuß für das Statistische Programm wurde der Präsident des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein - Westfalen, Herr Albert Benker, und für den Ausschuß für die statistische Geheimhaltung der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung, Herr Rudolf Giehl, benannt²²⁾. Die Ländervertreter haben dem Bundesrat jeweils unmittelbar nach den Sitzungen über den Verlauf der Beratungen zu berichten²³⁾.

Es zeigte sich aber schon sehr bald, daß die Einbeziehung von Statistikern bei den Verhandlungen in die formell vom Rat eingesetzten Statistikausschüsse nicht ausreichend war, um die Länderinteressen im Rahmen der Gemeinschaftsstatistik wirkungsvoll einbringen zu können. So behandelte man insbesondere im Ausschuß für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften einzelstatistische Maßnahmen nicht mehr im Detail. Häufig waren die Maßnahmen schon entscheidungsreif und wurden nach der Stellungnahme des Ausschusses für das Statistische Programm als Vorschlag der Kommission an den Rat weitergeleitet. Manchmal waren sie noch strittig, und es wurde von vornherein eine Lösung durch weitere Behandlung in den Ratsgremien angestrebt.

Es war daher notwendig, die Länder zunächst in die vorgeschalteten Expertengremien, also in die Arbeitsgruppenebene beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, mit einzubeziehen, um von Beginn an bei den methodischen Vorarbeiten beteiligt zu sein. Es ging letztlich darum, die statistischen Landesämter so in Angelegenheiten der gemeinschaftlichen Statistik bei der methodischen und technischen Vorbereitung und der Weiterentwicklung dieser Statistiken zu beteiligen, wie es für die Bundesstatistiken üblich ist²⁴⁾.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren hat schließlich diese Angelegenheit aufgegriffen und am 8. November 1991 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Innenministerkonferenz bittet die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, daß im Rahmen der stati-

stischen Arbeitsbesprechungen beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften Vertreter der statistischen Landesämter teilnehmen können. Einzelheiten des Verfahrens sind zwischen dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern abzustimmen.“

Auf ihrer 71. Amtsleitertagung 1992 und der 73. Tagung 1994 legten die Leiter der statistischen Landesämter die Zuordnung der ca. 80 ständigen Arbeitsgremien und weiteren 50 wechselnden ad-hoc Gruppen beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften länderweise fest. Maßgebend war dabei die fachliche Zuständigkeit des jeweiligen Amtsleiters für die Fachausschüsse und Arbeitskreise im Rahmen der Bundesstatistik (Fachausschußprinzip).

Bundesratsverfahren 1992 Artikel 23 GG

Die drei rechtlichen Grundlagen

Erst der Artikel 23 GG brachte den Ländern 1992 endlich die Erfüllung ihres ursprünglichen Zieles, eine verfassungsmäßige Verankerung im Grundgesetz für ihre Mitwirkung bei der Entwicklung der Europäischen Union (EU). Ihre erweiterten Mitwirkungsrechte haben die Länder gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg durchsetzen können. Exponenten waren vor allem Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Relevant sind hier vor allem Artikel 23 Abs. 2 bis 5, in denen die Mitwirkungsrechte der Länder über die bisherige einfachrechtliche Regelung des Artikels 2 EEAG und die Bund-Länder-Vereinbarung von 1987 hinaus erweitert werden²⁵⁾.

Zusammen mit einem Ausführungsgesetz nach Artikel 23 Abs. 7²⁶⁾ und der Bund-Länder-Vereinbarung²⁷⁾ bilden sie die drei neuen rechtlichen Grundlagen für die Länderbeteiligung in Angelegenheiten der Europäischen Union²⁸⁾.

Artikel 23 GG

Artikel 23 Abs. 2 Satz 1 normiert den Grundsatz der Mitwirkung der Gesetzgebungsorgane des Bundes (Bundestag und Bundesrat) in Angelegenheiten der Europäischen Union. Auch in der Neufassung von Artikel 50 GG findet die Mitwirkung der Länder über den Bundesrat ihren Niederschlag. Mitwirkung bedeutet

Rechtliche Grundlagen der Ländermitwirkung in Angelegenheiten der EU

Artikel 23 Grundgesetz

Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der EU vom 12. März 1993 (EUZBLG)

Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union in Ausführung von § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der EU vom 12. März 1993

auch und gerade die Beteiligung beim Erlass von sekundärem Gemeinschaftsrecht der EU (z.B. Statistikrechtsakte). Voraussetzung für die Mitwirkung beider Gesetzgebungsorgane ist, daß sie über alle Angelegenheiten der EU, die für sie von Interesse sein könnten, informiert sind. Daher ist die Bundesregierung nach Artikel 23 Abs. 2 Satz 2 verpflichtet, Bundestag und Bundesrat „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ zu informieren.

Die Beteiligung des Bundesrates, genauer der Länder „durch den Bundesrat“, an der „Willensbildung des Bundes“ ist entsprechend der innerstaatlichen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in Artikel 23 Abs. 4 bis 6 eingehend verfassungsrechtlich verankert. Wie in der Gesetzgebung dazu ausgeführt wird, entspricht die Länderbeteiligung durch den Bundesrat dem Bundesstaatsprinzip des Grundgesetzes²⁹⁾. Die Mitwirkungsrechte der Länder werden durch ein System differenzierter Beteiligungsformen entsprechend ihrer innerstaatlichen Mitwirkungsbefugnisse und Gesetzgebungskompetenzen durch das Grundgesetz festgelegt.

Bei der Länderbeteiligung unterscheidet der Artikel 23 GG

- die innerstaatliche Mitwirkung (Art. 23 Abs. 5) und
- die Wahrnehmung der Rechte der Bundesrepublik Deutschland durch Ländervertreter auf EU-Ebene (Art. 23 Abs. 6).

Letzteres bezieht sich auf Vorhaben der EU, die im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betreffen. Sie sind in diesem Zusammenhang nicht relevant.

Bei der **internen** Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten der EU gibt es zwei unterschiedliche Fallgruppen.

1. Nach Abs. 4 Satz 1 besteht die Mitwirkung darin, daß die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates bei ihrer Außenvertretung im Rat der EU „berücksichtigt“, „soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes die Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat“. Hier bezieht sich die Beteiligungsmodalität auf die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 73 und 86 ff GG) sowie auf den gesamten Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74, 74a GG) und der Rahmen-Gesetzgebung (Art. 75 GG), soweit ein Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung besteht (Art. 72 Abs. 2 GG). Im Katalog der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes (Art. 73) ist unter Nr. 11 die Bundesstatistik aufgeführt. Insofern wird bei Statistikrechtsakten der EU die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates berücksichtigen. Berücksichtigen heißt in diesem Zusammenhang, die Stellungnahme inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen, sich mit ihr auseinanderzusetzen und sie in ihre Entscheidung mit einzubeziehen. Die Bundesregierung legt die Stellungnahme des Bundesrates ihren Verhandlungen zugrunde, ohne jedoch an sie gebunden zu sein³⁰⁾. In

bestimmten Fällen ist auch eine stärkere Mitwirkungsform der Länder denkbar.

2. Die in Abs. 5 Satz 2 vorgesehene intensivere Mitwirkung des Bundesrates besteht darin, daß die Bundesregierung die Auffassung des Bundesrates „**maßgeblich zu berücksichtigen**“ hat. Damit ist gemeint, daß die Ländermeinung die Bundeshaltung letztlich bestimmen kann³¹⁾. Die intensivere Mitwirkungsform ist vorgesehen, wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind. Das betrifft die Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 74, 74a GG), soweit die Voraussetzungen einer bundesgesetzlichen Regelung nicht bestehen (Art. 72 Abs. 2 GG).

Darüber hinaus erstreckt sich die intensivere Mitwirkungsform auf alle Vorhaben der EU, die im Schwerpunkt die Einrichtung von Behörden der Länder oder ihrer Verwaltungsverfahren betreffen. Der Begriff der „Einrichtung“ der Behörde bedeutet sowohl die Errichtung der Behörde als auch die Festlegung ihres näheren Aufgabenkreises³²⁾. Die Einrichtung der statistischen Landesämter wäre somit berührt, wenn in einer Norm ihre Aufgaben oder organisatorischen Strukturen geregelt würden.

Mit dem Begriff „Verwaltungsverfahren“ ist das Verfahren der Landesbehörden außerhalb der Gerichtsbarkeit gemeint. Dabei kann sich dieses Verfahren auf den gesamten Bereich der Ausführungen von Bundesgesetzen beziehen³³⁾. Da die Durchführung von gemeinschaftlichen Rechtsakten (z. B. Statistikvorhaben) in der Regel durch die Länderverwaltungen erfolgt, haben die Rechtsakte der EU insofern Auswirkungen auf die Behörden und Verwaltungsverfahren der Länder. Das allein reicht aber nicht aus, denn es müssen die Einrichtungen der Behörden oder Verwaltungen nicht nur berührt, sondern betroffen sein. Betroffen bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Maßnahmen der EU ins Gewicht fallende Auswirkungen auf die bestehende Struktur der Behörden oder das Verwaltungsverfahren haben. Dazu zählen z. B. Änderungen des Behördenaufbaus oder zusätzliche arbeitsintensive Verfahrensschritte. Die intensive Mitwirkungsform der Länder kommt aber nur dann zur Anwendung, wenn Behördenstruktur oder Verwaltungsverfahren „im Schwerpunkt“ betroffen sind³⁴⁾.

Der Maßstab „Schwerpunkt“ wird in der Praxis zu erheblichen Unklarheiten und Abgrenzungsproblemen führen, da auch seine Umschreibung in der Gesetzesbegründung, wonach die genannten Materien bei einer Gesamtschau im Mittelpunkt stehen oder ganz überwiegend den Regelungsgegenstand bilden müssen, eine Leerformel ist³⁵⁾.

Ob statistische Rechtsakte der EU unter die intensivere Mitwirkungsform fallen können, wird sich im Zuge der Anwendung des Artikels 23 Abs. 4 Satz 2 GG zeigen.

Alle Mitwirkungsformen des Bundesrates bei der Willensbildung stehen unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bundesregierung, wenn die Angelegenheiten der

EU zu Ausgabenerhöhungen oder zu Einnahmемinderungen des Bundes führen³⁶⁾. Statistische Rechtsakte führen im Regelfall zu Ausgabenerhöhungen des Bundes und stehen daher unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bundesregierung.

Der Artikel 23 Absatz 7 GG sieht ein zustimmungsbedürftiges Ausführungsgesetz vor, in dem die Details der Mitwirkung des Bundesrates geregelt werden. Das Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) vom 12. März 1993 ist am 1. November 1993, am selben Tag wie der Vertrag über die Europäische Union, in Kraft getreten³⁷⁾.

Gemäß § 9 EUZBLG werden Einzelheiten der Unterrichtung und Beteiligung nach dem EUZBLG durch eine gesonderte Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungschefs der Länder am 29. Oktober 1993 beschlossen, die inzwischen ebenfalls am 1. November 1993 in Kraft getreten ist.

Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der EU vom 12.3.1993 (EUZBLG) und die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union in Ausführung von § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der EU vom 12. März 1993 (B-L-V).

Das EUZBLG greift teilweise wortwörtlich bzw. sinngemäß Formulierungen des Artikels 23 Abs. 2, 4 – 6 auf, enthält aber im wesentlichen Verdeutlichungen und materielle Ergänzungen zu Artikel 23.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang die §§ 2 bis 6 EUZBLG, auf die näher eingegangen werden soll unter Berücksichtigung der ergänzenden Regelungen der Bund-Länder-Vereinbarung.

Informationen³⁸⁾

Der Hinweis in § 2 EUZBLG auf das alte Zuleitungsverfahren von 1957 verdeutlicht, daß dieses weiterhin existiert. Allerdings dürfte seine Bedeutung nicht mehr sonderlich groß sein. Die umfassende Unterrichtung des Bundesrates zum frühestmöglichen Zeitpunkt und auf dem kürzesten Weg über alle Vorhaben der EU, die für die Länder von Interesse sein könnten, erfolgt laufend und in der Regel schriftlich durch Übersendung von Dokumenten, die der Bundesregierung vorliegen. Im übrigen oder ergänzend unterrichtet die Bundesregierung in ständigen Kontakten mündlich. Die Unterrichtungspflicht des Bundes über alle Vorhaben, die für die Länder von Interesse sein könnten, entspricht damit der bisherigen Praxis nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte³⁹⁾.

Im einzelnen ist festgelegt, welche Dokumente der Bundesrat erhält:

a) Dokumente

- der Kommission und ihrer Dienststellen, soweit sie an den Rat gerichtet oder der Bundesregierung

auf sonstige Weise zugänglich gemacht worden sind ;

- des Europäischen Rates, des Rates, der informellen Ministertreffen und der Ratsgremien.

b) Berichte und Mitteilungen von Organen der Europäischen Union über Sitzungen

- des Europäischen Rates, des Rates und der informellen Ministertreffen ;
- des Ausschusses der Ständigen Vertreter und sonstiger Ausschüsse oder Arbeitsgruppen des Rates ;
- der Beratungsgremien bei der Kommission.

c) Berichte der Ständigen Vertretung über

- Sitzungen des Rates und der Ratsgruppen, der informellen Ministertreffen und des Ausschusses der Ständigen Vertreter ;
- Sitzungen des Europäischen Parlaments und seiner Ausschüsse ;
- Entscheidungen der Kommission,

wobei die Empfänger dafür Sorge tragen, daß diese Berichte nur an einen begrenzten Personenkreis in den jeweils zuständigen obersten Landesbehörden weitergeleitet werden.

d) Dokumente und Informationen über förmliche Initiativen, Stellungnahmen und Erläuterungen der Bundesregierung für Organe der Europäischen Union.

Die Unterrichtung bezieht sich auch auf Vorhaben, die auf Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten gerichtet sind. Nach den Protokollnotizen zur Bund - Länder - Vereinbarung erfolgt die Form der Weitergabe der Unterlagen der Europäischen Gemeinschaften im allgemeinen offen, es sei denn, die EG - Organe teilen eine besondere Vertraulichkeit mit. Für die statistischen Landesämter sind vor allem diejenigen Dokumente von Interesse, die im Vorfeld von statistischen Rechtsakten und im Rahmen des gemeinschaftlichen Rechtsetzungsverfahrens gefertigt werden.

Vorbereitende Maßnahmen⁴⁰⁾

Unter vorbereitenden Maßnahmen ist das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Festlegung der Verhandlungsposition zu Vorhaben der EU zu verstehen.

Das innerhalb der Bundesregierung federführende Bundesressort (z.B. BMI) lädt die Ländervertreter zu Beratungen, den sogenannten Weisungssitzungen, ein, soweit der Bundesrat bei einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären. Beides trifft für die Gemeinschaftsstatistik zu. Die Ländervertreter werden vom Bundesrat benannt. Es handelt sich bei den Ländervertretern nach § 4 EUZBLG um diejenigen, die an der innerstaatlichen Willensbildung beteiligt sind. Sie sind vom Kreis der Ländervertreter nach § 6 EUZBLG

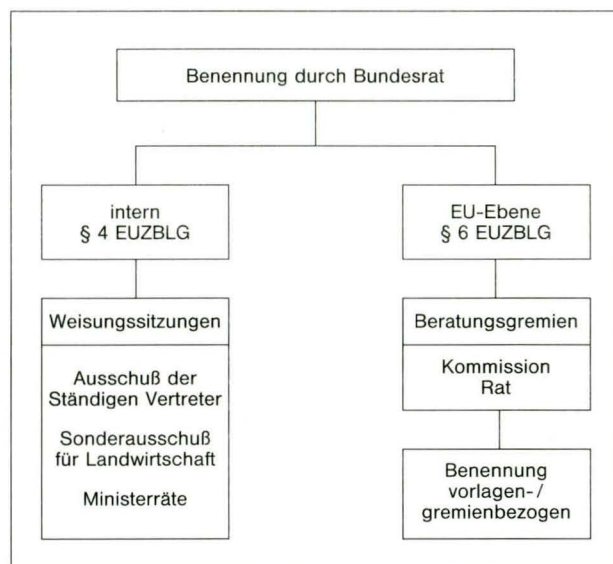
für Beratungsgremien der Europäischen Union abzugrenzen (siehe folgende Übersicht), auf den noch eingegangen wird. Die Weisungssitzungen betreffen die Vorbereitungssitzungen der Bundesregierung für den

- Ausschuß der Ständigen Vertreter (AstV)⁴¹⁾
- Sonderausschuß für Landwirtschaft (SAL)⁴²⁾ und die
- Ministerräte.

Die Behandlung gemeinschaftsstatistischer Vorhaben im Ministerrat erfolgt im sogenannten „Ecofinrat“, in dem Materien aus dem Wirtschafts- und Finanzbereich behandelt werden. Der Bundesrat hat inzwischen zwei Ländervertreter für die Weisungssitzungen zum Ecofinrat benannt. Es sind keine Statistiker, sondern Ressortvertreter⁴³⁾. An den vorbereitenden Maßnahmen sind Vertreter der statistischen Landesämter nicht unmittelbar beteiligt.

Neben der Festlegung der Verhandlungsposition soll in den Weisungssitzungen außerdem ein Einvernehmen über die Art der Mitwirkungsverfahren nach §§ 5 und 6 EUZBLG erreicht werden. Von Länderseite kann es sich hierbei nur um vorläufige Festlegungen handeln, die gegebenenfalls unter den Vorbehalt einer Beschlußfassung durch den Bundesrat gestellt werden. Liegt jedoch bereits eine Stellungnahme des Bundesrates vor, so muß der Ländervertreter auf der Grundlage dieser Stellungnahme votieren. Die Einordnung eines Vorhabens unter die Mitwirkungsregelungen des EUZBLG hängt von dem konkreten Inhalt des Vorhabens ab. Die Zuordnung zur Zuständigkeit des Bundes oder der Länder folgt aus der innerstaatlichen Kompetenzordnung. Maßgebend ist dabei der Regelungsschwerpunkt des Vorhabens. In den Fällen, in denen innerstaatlich eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern vorgesehen ist – wie z. B. bei statistischen Rechtsakten –, soll bei der Festlegung der Verhandlungsposition – auch auf Gemeinschaftsebene – ein gemeinsames Vorgehen angestrebt werden. So soll auch verfahren werden, wenn der Regelungsschwerpunkt des Vorhabens nur schwer feststellbar ist.

Ländervertreter



Stellungnahme des Bundesrates⁴⁴⁾

Um dem Bundesrat die rechtzeitige Abgabe einer Stellungnahme zu ermöglichen, informiert die Bundesregierung den Bundesrat über den Zeitplan der Beratungen von EU - Vorhaben in den Ratsgremien und teilt mit, bis zu welchem Zeitpunkt eine Stellungnahme im Verfahrensablauf der EU noch berücksichtigt werden kann.

Der Bundesrat hat das Recht, eine Stellungnahme im Verlauf der Beratungen des Vorhabens in den Gremien der EU anzupassen und zu ergänzen. Daher unterrichtet die Bundesregierung den Bundesrat durch ständige Kontakte über wesentliche Änderungen des Vorhabens.

Wie bereits ausgeführt, gibt es im innerstaatlichen Bereich unterschiedliche Beteiligungsverfahren :

- die Stellungnahme des Bundesrates wird **berücksichtigt**, soweit in einem Bereich ausschließlicher Gesetzgebung des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat.
- Die Stellungnahme des Bundesrates wird **maßgeblich** berücksichtigt, wenn bei einem Vorhaben im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind und der Bund kein Recht zur Gesetzgebung hat (das trifft für die Bundesstatistik nicht zu) **oder** ein Vorhaben im Schwerpunkt die Einrichtung der Behörden der Länder oder ihre Verwaltungsverfahren betrifft (das könnte für die Statistik zutreffen).

Im § 5 Abs. 2 EUZBLG ist das weitere Konfliktlösungsverfahren (siehe folgende Übersicht) festgelegt, für den Fall, daß die Auffassung der Bundesregierung nicht mit der Stellungnahme des Bundesrates übereinstimmt. Bei unterschiedlichen Auffassungen ist ein Einvernehmen anzustreben. Zu diesem Zweck lädt die Bundesregierung Ländervertreter unverzüglich zu weiteren Beratungen ein. Die Formulierung läßt offen, auf welcher Ebene entsprechende Einigungsversuche unternommen werden. Damit ist auch die politische Ebene nicht ausgeschlossen⁴⁵⁾. Bestätigt der Bundesrat seine Auffassung durch einen mit zwei Drittel seiner Stimmen gefaßten Beschluß, dann ist die Auffassung des Bundesrates maßgebend, allerdings unter dem Zustimmungsvorbehalt der Bundesregierung bei kostenrelevanten Gemeinschaftsmaterien. Weicht die Bundesregierung von einer Stellungnahme des Bundesrates ab, so teilt sie auf Verlangen die maßgeblichen Gründe mit.

Ein Sonderfall der Länderbeteiligung wird in § 5 Abs. 3 EUZBLG geregelt. Hier handelt es sich um solche Vorhaben der EU, bei denen sich die Ermächtigung für den gemeinschaftlichen Rechtsakt auf den Artikel 235 EG - Vertrag stützt. Der Artikel 235 EG - Vertrag ist eine Generalklausel, die den Rat ermächtigt, Vorschriften zu erlassen, wenn

- ein Tätigwerden der Gemeinschaft erforderlich ist, um im Rahmen des gemeinsamen Marktes eines ihrer Ziele zu verwirklichen, und

Konfliktlösungsverfahren § 5 Abs. 2 EUZBLG



- in dem EG - Vertrag die hierfür erforderlichen Befugnisse nicht vorgesehen sind.

Bei Statistikrechtsakten wird Artikel 235 EG - Vertrag, der einen einstimmigen Ratsbeschluß erfordert, als Ermächtigungsgrundlage relativ selten herangezogen. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist die Entscheidung des Rates vom 11. Juli 1994 betreffend die Telematiknetze zwischen Behörden für die Statistiken über den Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten (EDICOM)⁴⁶⁾.

Für den Spezialfall des Artikels 235 EG - Vertrag sieht § 5 Abs. 3 EUZBLG ein besonderes Beteiligungsverfahren vor : Vor der Zustimmung zu Vorhaben, die auf Artikel 235 EG - Vertrag gestützt werden, stellt die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundesrat her, soweit dessen Zustimmung nach innerstaatlichem Recht erforderlich wäre (Bundesstatistikgesetz sind zustimmungspflichtig, wenn sie Verfahrensregelungen beinhalten, die die Länder betreffen) oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären (z.B. für die Durchführung von Bundesstatistiken). Das Einvernehmen ist nur für den Fall erforderlich, daß die Bundesregierung beabsichtigt, einem Vorhaben nach Artikel 235 EG - Vertrag zuzustimmen. Für die Ablehnung bedarf es keines Einvernehmens. Nach der Interessenlage der Länder ist Rechtsakten, die sich auf Artikel 235 EG - Vertrag stützen, nicht zuzustimmen. Der Fall der Enthaltung ist vom Wortlauf des § 5 Abs. 3 EUZBLG nicht erfaßt. Da auch eine Enthaltung das Zustandekommen des erforderlichen einstimmigen Beschlusses im Rat nach Artikel 235 EG - Vertrag ermöglicht (Artikel 148 Abs. 3 EGV, ist nach Auffassung der Länder ein Einvernehmen mit dem Bundesrat auch für die Stimment-

haltung im Rat herzustellen. Diese Auffassung wird jedoch nicht von der Bundesregierung geteilt⁴⁷⁾. Bei statistischen Rechtsakten, die sich auf Artikel 235 EG - Vertrag stützen, ist zu prüfen, ob sie im Schwerpunkt in den Ländern die Einrichtung der Behörden oder Verwaltungsverfahren betreffen. In diesem Fall wäre die Stellungnahme des Bundesrates wie oben ausgeführt **maßgeblich** zu berücksichtigen. Insofern verfügen die Länder hier über eine „doppelte Absicherung“⁴⁸⁾. Offen bleibt allerdings, wie zu verfahren ist, wenn sich ein Einvernehmen zwischen Bundesregierung und Bundesrat nicht herstellen läßt, da das EUZBLG hier einen Streitschlichtungsmechanismus nicht vorsieht. Die folgende Übersicht zeigt zusammenfassend die verschiedenen Beteiligungsformen.

Im Regelfall sind die statistischen Landesämter an den Stellungnahmen, die die Ausschüsse des Bundesrates abgeben, nicht unmittelbar beteiligt. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, auf Anforderung des jeweils zuständigen Ressorts zu statistischen Rechtsakten fachlich Stellung zu nehmen. Im Ergebnis werden solche Stellungnahmen in die Anträge der Länder, die in den Bundesratsausschüssen gestellt werden, einfließen oder in der Diskussion in den Ausschüssen berücksichtigt.

Hinzuziehen von Ländervertretern zu Verhandlungen in Gremien der Europäischen Union⁴⁹⁾

Um die Beteiligung der Länder in Gremien des Rates und der Kommission für solche Vorhaben zu ermöglichen, zu denen der Bundesrat vor Festlegung der Verhandlungsposition Stellung nimmt, unterrichtet die Bundesregierung den Bundesrat unverzüglich über Ort, Zeitpunkt und Beratungsgegenstände der Sitzungen dieser Gremien. Dasselbe gilt entsprechend – allerdings mit der Einschränkung : soweit möglich – für vorbereitende Aktivitäten der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, zu denen die Bund - Länder - Vereinbarung formelle Anhörungen, Konsultationen und Expertengespräche zählt.

Der bisherigen Praxis des Artikel 2 EEAG entsprechend zieht die Bundesregierung auf Verlangen Vertreter der Länder zu den Verhandlungen in den Beratungsgremien der Kommission und des Rates zu, soweit ihr das rechtlich und praktisch möglich ist. Die Bundesregierung wird sich im Einzelfall jeweils bemühen, die Hinzuziehung eines Ländervertreters zu ermöglichen⁵⁰⁾.

Beteiligungsformen

Voraussetzung	Art der Beteiligung
ausschließliche Gesetzgebungs-kompetenz des Bundes oder Recht des Bundes zur Gesetz-gebung	Stellungnahme des Bundesrates wird berücksichtigt
Gesetzgebungsbefugnis der Länder oder Vorhaben, die im Schwerpunkt die Einrichtung von Behörden der Länder oder ihre Verwal-tungsverfahren betreffen	Stellungnahme des Bundesrates wird maßgeblich berücksichtigt
Ermächtigungsgrund Artikel 235 EG-Vertrag	Bundesregierung stellt Einver-nehmen mit Bundesrat her

Die Bundesregierung und die Regierungen der Län-der führen gemeinsam eine Liste der Beratungsgremien bei Kommission und Rat, die Vorhaben behandeln, bei denen entweder der Bundesrat an einer entsprechen- den innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder die Länder zuständig wären oder wesentliche Interes- sen der Länder betroffen sind⁵¹⁾. In dieser Liste sind für den Bereich der gemeinschaftlichen Statistik der bereits erwähnte Ausschuß für das Statistische Pro- gramm der Europäischen Gemeinschaften und der Ausschuß für die statistische Geheimhaltung aufgeführt. Die früher ebenfalls genannten ca. 130 Gremien auf Arbeitsgruppenebene beim Statistischen Amt der Euro- päischen Gemeinschaften sind dort nicht enthalten.

Vertreter der Länder sind Mitglieder der deutschen Delegation. Die Delegationsleitung liegt bei der Bundes- regierung. Sie wird vom Vertreter der Bundesregierung im Benehmen mit dem Vertreter der Länder wahrge- nommen. Mit Zustimmung des Delegationsleiters kann der Ländervertreter in Arbeitsausschüssen und -grup- pen Erklärungen abgeben.

Zwischenbilanz und Ausblick

Zieht man eine Zwischenbilanz über den Stand der Beteiligung von Vertretern der statistischen Landesäm- ter in den Beratungsgremien auf Gemeinschaftsebene, dann läßt sich feststellen, daß durch die Miteinbezie- hung von Landesstatistiken in die 130 Gremien beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und die formellen Benennungen der Präsidenten der statistischen Landesämter von Nordrhein - Westfalen und Bayern durch den Bundesrat für die oben genann- ten Ausschüsse schon wesentliche Verbesserungen hinsichtlich der Beteiligung der statistischen Landes- ämter an der Konzeption und Weiterentwicklung der Gemeinschaftsstatistik erreicht wurden. Die Interessen der Länder insbesondere in ihrer Rolle als Konsumenten der Gemeinschaftsstatistik und ihr Sachverstand als Statistikproduzenten können nunmehr unmittelbar im Vorfeld der eigentlichen Beschlußfassung von Statistik- rechtsakten in Form von Anregungen und Stellungnah- men eingebracht werden.

Die Möglichkeiten, die das Ausführungsgesetz zum Artikel 23 und die Bund - Länder - Vereinbarung bieten, sind allerdings damit noch nicht ausgeschöpft. So soll- ten die Länder in allen vom Rat durch Rechtsakt einge- setzten Gremien vertreten sein. Dazu müßte die gemein- same Liste von Bundesregierung und Regierungen der Länder um die noch fehlenden Statistikgremien der Kommission ergänzt werden⁵²⁾.

Folgende Gremien kommen in Betracht :

- Ständiger Agrarstatistischer Ausschuß⁵³⁾
- Ausschuß für Außenhandelsstatistik⁵⁴⁾
- Ausschuß für die Nomenklatur⁵⁵⁾
- DOSES - Ausschuß⁵⁶⁾
- CEIES - Ausschuß⁵⁷⁾
- Ausschuß für die Statistik des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten⁵⁸⁾
- Ausschuß Arbeitskräftestichprobe⁵⁹⁾

Sobald die gemeinsame Liste einvernehmlich um die angeführten Ausschüsse erweitert worden ist, kann der Bundesrat formell die Statistikvertreter der Länder benennen.

Damit würde der Status derjenigen Landesstatistiker, die bereits jetzt schon an Beratungen dieser Gremien teilnehmen, aufgewertet. Die formell ernannten Ländervertreter sind außerdem gehalten, im Anschluß an die Sitzung des jeweiligen Ausschusses dem Bundesrat über die die Länder insbesondere interessierenden Gesichtspunkte zu berichten. Eine Benennung durch den Bundesrat dokumentiert überdies noch deutlicher die föderale Struktur des Mitgliedstaates Deutschland gegenüber der Kommission.

Eine Einbeziehung von Vertretern der statistischen Landesämter in Ratsgremien ist bisher noch nicht erfolgt. Statistische Rechtsakte werden in der Regel in der Ratsgruppe „Wirtschaftsfragen / Statistik“ beim Rat behandelt. Es ist in der Diskussion, eine eigene Gruppe „Statistik“ beim Rat einzurichten. Aufgabe der Ratsgruppen ist es, die Entscheidungen in den Ministerräten vorzubereiten. Oftmals sind die Kommissionsvorschläge, die dem Rat zugeleitet werden, inhaltlich noch nicht konsensfähig, so daß die Beratungen in den Ratsgruppen Detaildiskussionen erfordern, in denen sich neue Gesichtspunkte erst während der Verhandlungen ergeben. Bei diesem Vorgehen ist der Länderstandpunkt nicht mehr rechtzeitig einzubringen. Im Interesse der Länder sollte daher in der neuen Statistikgruppe beim Rat auch ein Ländervertreter aus dem Bereich der Statistik mitwirken können.

Anmerkungen

1) Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1992 – BGBl. I S. 2086.

2) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 12. März. 1993 (EUZBLG) – BGBl. I S. 313.

3) Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union in Ausführung von § 9 des Gesetzes vom 12. März 1993 über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (B-L-V) – Bundesanzeiger Nr. 226 vom 2. Dezember 1993, S. 10425 ff.

4) Schwan, Hartmut Heinrich: Die deutschen Bundesländer im Entscheidungssystem der Europäischen Gemeinschaften, Berlin 1982, S. 108 ff.

5) Gesetz zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. Juli 1957, BGBl. II S. 753 ff.

6) Eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens gibt Schmidt-Meinecke, Stefan: Bundesländer und Europäische Gemeinschaft, 1987, S. 11 ff., Morawitz, Rudolf und Kaiser, Wilhelm: Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Vorhaben der Europäischen Union, 1994, S. 45 ff.

7) Der Wortlaut des Briefwechsels ist abgedruckt in, Morawitz, R. und Kaiser, W.: a.a.O., S. 153 ff.

8) Morawitz, Rudolf: Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft, 1981, S. 14.

9) Hannaleck, Ilva und Schumann, Wolfgang: Die Beteiligung der Länder an der EG - Politik des Bundes: Probleme und Alternativen, in ZParl Heft 3/83, S. 364 ff.

10) Zu Einzelheiten des Verfahrens vgl. Schmidt-Meinecke, S.: a.a.O., S. 20 ff.

11) Gerstenlauer, Hans-Georg: Bremser der Europapolitik? Probleme zwischen Bund und Ländern, in Universitas 1986, S. 1041.

12) Gesetz vom 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Februar 1986, BGBl. II S. 1102 ff.

13) Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Länder über eine Unterrichtung und Beteiligung des Bundesrates und der Länder bei Vorhaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften in Ausführung von Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 1986 zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 28. Februar 1986, Minbl. NRW – Nr. 15 vom 14. März 1988, S. 224 ff.

14) Zur ausführlicheren Darstellung des Verfahrens vgl. Poth-Mögele, Angelika: Mitwirkung der deutschen Bundesländer bei der EG-Rechtsetzung, in APF 1988, S. 28 ff.

15) Schwan, H.: a.a.O., S. 123 ff.

16) Entschließung des Rates (89/C 161/01) vom 19. Juni 1989 über die Durchführung eines Plans für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information. Statistisches Programm der Europäischen Gemeinschaften 1989 – 1992 – ABl. EG – C 161 / 1 vom 28.06.1989.

17) Beschluß des Rates (89/382/EWG, Euratom) vom 19. Juni 1989 zur Einsetzung eines Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften – ABl. EG L 181/47 vom 28.06.1989.

18) BR-Drucksache 83/89.

19) Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten – ABl. EG L 316/1 vom 16.11.1991.

20) Beschluß des Rates (89/382/EWG, Euratom), a.a.O.

21) Verordnung des Rates (1588/99/EWG, Euratom) vom 11. Juni 1990 über die Übermittlung von unter Geheimhaltungspflicht fallende Informationen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften – ABl. EG L 151/1 vom 15.06.1990.

22) – BR-Drucksache 708/90 und 865/1993 – bzw. BR-Drucksache 226/1991 –.

23) § 45 i Abs. 2 Geschäftsordnung des Bundesrates in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 1993 – BGBl. I S. 2007 ff.

24) § 3 Abs. 1 Ziffer 1a Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987, BGBl. I S. 462.

25) Vgl. Gesetzesbegründung, BR-Drucksache 501/92, S. 7.

26) EUZBLG, a.a.O.

27) B-L-V, a.a.O.

28) Eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens gibt Morawitz, W., Kaiser, W.: a.a.O., S. 86 ff.

29) Vgl. Gesetzesbegründung, a.a.O., S. 17.

30) Vgl. Gesetzesbegründung, a.a.O., S. 11.

31) Vgl. Gesetzesbegründung, a.a.O., S. 18.

32) Lerche, Peter in: Maunz-Dürig-Herzog; Grundgesetz Kommentar (M-D-H), Rdnr. 25 zu Art. 84 GG.

33) Lerche, P. in: M-D-H, Rdnr. 31 zu Art. 84 GG.

34) Vgl. Gesetzesbegründung, a.a.O., S. 20.

35) Randelshofer, Albrecht in: M-D-H, Rdnr. 208 zu Art. 24.

36) Vgl. Gesetzesbegründung, a.a.O., S. 22.

37) Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union sowie des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 25. Oktober 1993 – BGBl. I S. 1780.

38) § 2 EUZBLG, B-L-V, Abschnitt I, a.a.O.

39) Begründung zum EUZBLG-BR-Drucksache 12/3540, S. 5.

40) § 3 EUZBLG, B-L-V, Abschnitt II, a.a.O.

41) Nach Artikel 151 EGV hat der AstV u. a. die Aufgabe, die Arbeiten des Rates vorzubereiten.

42) Er hat die Aufgabe, die Arbeiten des Rates auf dem Gebiet der gemeinsamen Agrarpolitik vorzubereiten. Er wurde durch Be-

schluß der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 12. Mai 1960 eingesetzt zur Beschleunigung der Verwirklichung der Ziele des EWG Vertrages, vgl. Jahrbuch der Europäischen Gemeinschaften 1993, S. 143.

- 43) Unveröffentlichte Liste der „Ländervertreter für Beratungen zur Festlegung der Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland zu Vorhaben der Europäischen Union“, Stand 4. Juli 1994, des Bundesrates, Ausschuß für Fragen der Europäischen Union.
- 44) § 3, 5 EUZBLG, B-L-V, Abschnitt III, a.a.O.
- 45) Begründung zum EZUBLG, a.a.O., S. 6.
- 46) Entscheidung des Rates (94/445/EG) – ABl. EG L 183/42 vom 19.07.1994.
- 47) Morawitz, R. und Kaiser, W.: a.a.O., S. 106.
- 48) Morawitz, R. und Kaiser, W.: a.a.O., S. 107.
- 49) § 6 Abs. 1 EUZBLG, B-L-V, Abschnitt IV, a.a.O.
- 50) Begründung zum EUZBLG, a.a.O., S. 6.
- 51) Die Liste wird vom Ausschuß für Fragen der Europäischen Union des Bundesrates gefertigt.
- 52) Für den Ausschuß für FuE- und Innovationsstatistik wurde bereits ein Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wissenschaft und Forschung, vom Bundesrat benannt – BR-Beschluß 256/92.
- 53) Beschluß des Rates (72/279/EWG) vom 31. Juli 1972 zur Einsetzung eines ständigen Agrarstatistischen Ausschusses – ABl. EG L 179/1 vom 7.8.1972.

- 54) Verordnung EWG Nr. 1736/75 des Rates vom 24. Juni 1975 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten – ABl. EG L 183/3 vom 14.7.1975 – in Verbindung mit der Verordnung (EWG) Nr. 3367/87 des Rates vom 9. November 1987 über die Anwendung der kombinierten Nomenklatur auf die Statistik, des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1736/75 über die Statistik des Außenhandels der Gemeinschaft und des Handels zwischen ihren Mitgliedstaaten – ABl. EG L 321/3 vom 11.11.1987.
- 55) Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987 über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den gemeinsamen Zolltarif – ABl. EG L 256/1 vom 7.9.1987.
- 56) Entscheidung des Rates vom 20.6.1989 über ein mehrjähriges Programm zur Erforschung und Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke (89/415/EWG) – ABl. EG L 200 vom 13.7.1989.
- 57) Beschluß des Rates vom 25. Februar 1991 zur Einsetzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (91/116/EWG) – ABl. EG L 59/21 vom 6.3.1991.
- 58) Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates vom 7. November 1991 über die Statistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten, – ABl. EG L 316/1 vom 16.11.1991.
- 59) Verordnung (EWG) Nr. 3711/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 zur Durchführung einer jährlichen Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft – ABl. EG L 351/1 vom 20.12.1991.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 852	3 904	3 919	3 922	3 926
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	1 748	1 207	2 145	2 459 ^p	1 401 ^p	1 182 ^p	2 192 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	5,3	3,7	6,4	7,6 ^p	4,2 ^p	3,7 ^p	6,6 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 440	3 152	3 295	3 349 ^p	3 387 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	10,3	9,8	9,9	10,4 ^p	10,1 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 521	3 731	4 024	3 238 ^p	3 583 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	10,6	11,6	12,1	10,0 ^p	10,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	23	24	25	16 ^p	17 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	6,3	7,0	7,1	4,7 ^p	4,9 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	- 81	- 579	- 729	111 ^p	- 196 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	- 0,2	- 1,8	- 2,2	0,3 ^p	- 0,6 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	11 548	11 043	11 679
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	8 758	7 559	7 738
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	2 790	3 484	3 941
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	13 353	13 840	16 804
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	122 684	126 450	133 747	125 334	124 622	125 976	132 936
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	68 283	70 905	76 761	69 805	69 448	70 850	76 425
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	.	.	7 093	5 567	.	.	6 949
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	.	.	47 756	42 012	.	.	44 503
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,8	8,0	8,5	7,9	7,8	7,9	8,4
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	14 699	13 572	14 127	22 802	15 528	14 371	15 591
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	.	.	665	920	.	.	644
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	.	.	3 238	4 211	.	.	3 699
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	35 269	34 649	34 919	5 921	6 483	7 239	5 714
Männer	Anzahl	9 875	28 635	29 671	28 981	29 599	4 056	4 493	5 024	4 229
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾										
	t	14 269	13 805	14 198	15 287	14 751	12 953	13 901	14 274	14 367
* Rinder	t	4 755	4 111	4 125	4 669	4 417	3 939	4 013	4 421	4 383
* Kälber	t	33	29	30	35	49	24	27	33	49
* Schweine	t	9 354	9 550	9 916	10 456	10 132	8 891	9 765	9 697	9 805
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	65	65	62	58	62	63	64	59	62
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	95,0	94,7	99,4	95,2	95,3	95,0	94,9
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 583	2 579	2 579	2 478	2 470	2 472	2 472
* Beschäftigte	1000	385	357	350	348	346	336	334	333	331
* Arbeiter ⁸⁾	1000	258	235	229	228	226	220	219	219	217
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	33 985	30 320	30 333	30 380	28 106	30 166	28 942	29 760	27 565
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 604	2 013	2 056	1 589	1 577	1 997	2 116
* Löhne	Mill. DM	997	932	888	1 105	1 070	878	883	1 101	1 083
* Gehälter	Mill. DM	788	774	716	908	986	711	694	895	1 033
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 470	8 367	8 645	8 930	9 331	9 184	9 422
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 798	2 823	3 091	3 251	3 528	3 455	3 610
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	33,0	33,7	35,8	36,4	37,8	37,6	38,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	271	260	.	.	298	215	.	.	270
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m³	807	697	.	.	643	691	.	.	853
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	126	105	.	.	115	87	.	.	125
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	50	47	.	.	50	30	.	.	43
* schweres Heizöl	1 000t	76	58	.	.	65	57	.	.	83
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 076	1 108	1 072	1 179	1 176	1 184	1 155
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	262	286	290	223	260	275	290
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	113	112	117	124 ^r	123 ^r	139	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	113	114	103	122	122	122	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	133	114	94	144	140	132	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	117	119	109	123	125	125	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	102	96	130	115 ^r	115	157	...
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	119	93	214	127	140	259	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	68	72	64	87 ^r	83 ^r	83	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	117	120	104	130 ^r	121 ^r	125	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	41	44	36	56	32	37	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	167	173	173	173	184	194	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	480	466	462	435	471	493	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	3 314	3 785	3 577	3 181	3 340	3 263	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 656	1 918	1 699	1 542	1 583	1 628	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	2 115	2 306	2 311	2 045	2 197	2 101	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m³	457	479	523	656	627	366	556	554	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	.	.	84	82
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	.	.	205	191
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	60 230	59 709	59 172	62 113	61 495	60 116	59 546
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 473	28 268	28 157	29 847	28 617	28 244	27 899
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 701	16 399	15 996	16 164	16 996	16 365	16 172
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 803	6 613	7 138	6 310	4 980	7 630	6 994	6 894	5 570
Privater Bau	1000	4 497	4 454	4 708	4 267	3 443	5 293	4 849	4 875	3 926
* Wohnungsbau	1000	2 653	2 666	2 848	2 593	2 047	3 402	3 137	3 151	2 529
Landwirtschaftlicher Bau	1000	17	41	23	21	32	23	37	24	24
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 827	1 747	1 837	1 653	1 364	1 868	1 675	1 700	1 373
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 305	2 158	2 430	2 043	1 537	2 337	2 145	2 019	1 644
Hochbau	1000	433	413	433	415	324	377	363	366	288
Tiefbau	1000	1 872	1 746	1 997	1 628	1 213	1 960	1 782	1 653	1 356
Straßenbau	1000	981	939	1 095	876	636	1 065	978	915	745
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	242	360	237	255	252	374	263
* Löhne	Mill. DM	194	194	192	286	182	205	200	297	204
* Gehälter	Mill. DM	48	51	50	74	55	50	52	78	59
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	876	877	926	907	923	992	1 047

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 052	946	1 026	1 166	1 029	1 029	1 173
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	605	517	570	667	539	539	679
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	245	207	204	264	242	243	202
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	202	222	252	235	248	247	292
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 160	1 326	1 312	1 227	1 369	1 600	1 441	1 385	1 605
* Wohnfläche	1000 m ²	203	235	236	224	249	283	256	251	289
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	10 990	10 391	11 505	12 942	11 838	11 566	13 328
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	531	509	563	670	611	592	661
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	4	3	5	4	2	1	2
Unternehmen	Anzahl	128	128	117	103	136	146	152	134	286
Private Haushalte	Anzahl	816	925	931	840	885	1 016	875	894	885
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	188	164	152	178	163	189	155
* Umbauter Raum	1000 m ³	987	800	1 295	622	890	767	750	901	858
* Nutzfläche	1000 m ²	154	125	188	114	122	127	124	132	183
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	343	167	150	168	212	205	277
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	37	32	24	23	20	37	21
Unternehmen	Anzahl	138	120	145	126	124	146	135	143	129
Private Haushalte	Anzahl	8	7	6	6	4	9	8	9	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	3 059	2 737	3 157	3 492	3 162	3 168	3 625
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 499	2 732	2 572	2 719
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 286	1 435	1 364	1 309
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	190	202	186	182
Dänemark	Mill. DM	50	40	42	44	46
Frankreich	Mill. DM	418	346	378	360	394
Griechenland	Mill. DM	31	22	23	18	23
Großbritannien	Mill. DM	270	231	276	255	210
Irland	Mill. DM	12	10	13	10	8
Italien	Mill. DM	257	183	195	211	173
Niederlande	Mill. DM	217	165	198	180	174
Spanien	Mill. DM	114	80	84	85	85
Portugal	Mill. DM	26	18	24	15	14
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	195	177	211
Japan	Mill. DM	63	55	60	49	73
Entwicklungsländer	Mill. DM	394	339	326	353	404
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104	138	190	137	183
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 967	2 065	1 990	1 931
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	1 016	979	998	931
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	171	162	156	131
Dänemark	Mill. DM	46	34	28	32	33
Frankreich	Mill. DM	300	265	274	259	266
Griechenland	Mill. DM	7	6	3	3	1
Großbritannien	Mill. DM	108	94	88	86	77
Irland	Mill. DM	12	11	11	11	13
Italien	Mill. DM	190	168	170	177	177
Niederlande	Mill. DM	213	163	147	153	125
Spanien	Mill. DM	103	83	72	86	92
Portugal	Mill. DM	21	23	26	35	15
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	252	163	181
Japan	Mill. DM	120	109	130	110	126
Entwicklungsländer	Mill. DM	286	251	268	250	230
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	64	70	72	76

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	99,2	99,5	100,1	99,1	98,6	98,6	99,0
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	126,0	133,4	155,9	126,0	127,6	130,3	160,6
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,4	109,4	108,8	109,4	109,3	109,5	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	130,5	128,3	128,1	136,2	135,0	138,6	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	95,0	88,8	87,4	95,5	92,9	91,5	88,2
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	97,1	92,2	91,4	103,2	99,2	99,5	94,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	133,6	102,8	105,9	131,3	134,2	106,1	110,4
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	152,0	101,7	96,4	150,5	152,1	100,1	99,9
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	120,3	102,5	111,6	117,3	121,1	108,9	116,6
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	525	498	777	389	286	756	779	384	287
* Ausländer	1000	115	106	126	64	51	137	127	66	55
* Fremdenübernachtungen	1000	1 828	1 736	2 566	1 272	1 037	2 592	2 586	1 273	1 054
* Ausländer	1000	378	344	390	194	167	452	386	177	172
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 428	1 317	1 227	1 348	1 097	1 549	1 517	1 519	...
* Güterversand	1000 t	956	890	910	885	726	1 189	1 062	1 133	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	12 294	11 055	10 348	11 953	12 318	11 728	...
Krafträder	Anzahl	803	936	264	174	130	461	323	221	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	11 236	10 126	9 368	10 593	11 101	10 669	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	583	559	583	624	659	613	...
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	115	85	138	149	143	123	...
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 812	9 582	10 290	9 781	11 267	9 597	9 934	9 483	9 418 ^P
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 489	1 302	1 552	1 624	1 565	1 403	1 323 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 801	8 479	9 715	7 973	8 369	8 080	8 095 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 073	1 821	2 161	2 199	2 198	1 946	1 829 ^P
* Getötete	Anzahl	39	40	34	40	50	34	28	44	38 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	25	26	29	17	15	33	23 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	2	2	2	9	4	4	3 ^P
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	2	3	1	2	4	2 ^P
Fußgänger	Anzahl	4	6	5	8	14	5	5	3	9 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	553	467	510	517	537	496	436 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	369	349	361	279	323	307	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	68	31	23	97	74	49	...
Radfahrer	Anzahl	58	56	39	21	26	71	52	46	...
Fußgänger	Anzahl	57	57	61	48	85	42	55	66	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	97	75	87	76	67	68	97
Angemeldete Forderungen	1000 DM	57 183	49 827	41 660	48 268	125 084	49 149	36 313	51 658	79 999
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	3
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	·	·	112 376	116 829	·	·	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	·	·	110 428	114 852	·	·	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	·	·	20 046	20 809	·	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	·	·	19 205	19 907	·	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	·	·	841	902	·	·	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	·	·	10 247	9 528	·	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	·	·	8 745	8 412	·	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	·	·	1 502	1 116	·	·	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	·	·	80 135	84 515	·	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	·	·	71 424	76 287	·	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	·	·	8 711	8 228	·	·	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	·	·	104 081	104 013	·	·	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	·	·	18 567	17 436	·	·	·
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	·	·	42 122	41 141	·	·	·
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	·	·	43 392	45 436	·	·	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	2 748	3 646	4 306	3 460	2 407	3 380	5 159
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	769	1 391	2 379	1 523	759	1 482	2 419
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	787	1 341	1 397	800	811	1 360	1 444
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	- 6	557	-	-	- 6	557	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	- 50	- 23	577	398	- 119	- 86	528
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	17	21	23	43	75	38	73
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	-	32	19	74	21	14	16	84	16
Einnahmen aus der Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	-	15	-	54	-	-	-	66	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	- 4	- 22	360	267	- 24	26	358
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	-	- 26	-	-	-	42	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 979	2 255	1 927	1 936	1 648	1 959	2 740
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	682	938	707	614	711	745	616
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 297	1 317	1 219	1 322	937	1 214	2 124
* Zölle	Mill. DM	11	215	251	231	249	207	215	151	295
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	498	454	1 222	481	427	441	1 080
Kapitalverkehrsteuern	Mill. DM	0	0	0	0	472	0	0	0	60
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	487	443	1 207	471	418	426	1 072
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	4	5	10	5	5	3	4
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	115	150	90	107	88	154	101
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	8	70	2	1	9	63	9
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	58	52	50	56	57	52	53
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	13	3	4	9	3	7	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	.	.	662	675
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	.	.	7	10
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	.	.	107	142
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	.	.	459	443
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	.	.	75	63
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	2 093	2 478	3 492	2 364	1 909	2 371	3 905
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	328	592	1 040	671	390	655	1 061
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 250	1 432	1 214	1 212	1 069	1 276	1 741
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	740	1 089	1 473	1 054	727	1 040	1 515
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	325	582	1 038	659	323	607	1 054
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	258	358	315	289	271	278	315
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	.	.	1 545	1 080
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	.	.	369	375
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	.	.	974	473
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	120,6	120,9	121,1	123,9	124,0	124,2	124,4
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,0	114,3	114,5	116,6	116,6	116,4	116,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	105,7	110,5	.	111,2	.	.	.	113,6	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	23,80	.	.	.	24,60	.	.
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	24,70	.	.	.	25,46	.	.
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	26,14	.	.	.	27,03	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	23,73	.	.	.	24,43	.	.
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	20,94	.	.	.	21,52	.	.
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	17,93	.	.	.	18,55	.	.
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	17,52	.	.	.	18,04	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	38,4	.	.	.	39,4	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	38,6	.	.	.	39,7	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	37,0	.	.	.	37,6	.	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	5 666	.	.	.	5 792	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	5 114	.	.	.	5 243	.	.
männlich	DM	5 860	6 036	6 059	.	.	.	6 200	.	.
weiblich	DM	3 905	4 067	4 104	.	.	.	4 190	.	.
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	6 103	.	.	.	6 234	.	.
männlich	DM	6 045	6 203	6 239	.	.	.	6 375	.	.
weiblich	DM	4 429	4 613	4 631	.	.	.	4 736	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	4 090	.	.	.	4 257	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	4 072	.	.	.	4 243	.	.
männlich	DM	4 591	4 839	4 868	.	.	.	5 036	.	.
weiblich	DM	3 198	3 346	3 411	.	.	.	3 568	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993			1994				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 666	65 699	65 720
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ³⁾	36 772 ^{p3)}	49 319 ^{p3)}	36 468 ^{p3)}	23 716 ^{p3)}	49 834 ^{p3)}	53 284 ^{p3)}	30 303 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ³⁾	66 246 ^{p3)}	69 962 ^{p3)}	64 607 ^{p3)}	61 553 ^{p3)}	70 027 ^{p3)}	65 388 ^{p3)}	61 758 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ³⁾	74 240 ^{p3)}	68 838 ^{p3)}	69 822 ^{p3)}	77 277 ^{p3)}	75 831 ^{p3)}	67 995 ^{p3)}	73 300 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 361 ³⁾	- 7 994 ^{p3)}	1 124 ^{p3)}	- 5 215 ^{p3)}	- 15 724 ^{p3)}	- 5 804 ^{p3)}	- 2 607 ^{p3)}	- 11 542 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 288	2 359	2 408	2 531	2 452	2 446	2 450
Männer	1 000	983	1 277	1 271	1 315	1 351	1 422	1 377	1 374	1 380
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	8,3	8,5	8,7	9,1	8,8	8,8	8,8
Offene Stellen	1 000	324	243	229	201	189	247	241	230	216
Kurzarbeiter	1 000	283	767	590	660	636	121	148	153	150
Männer	1 000	213	615	468	525	511	92	110	113	114
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 741	6 674	6 635	6 377	6 365	6 386	6 312
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	580	573	569	507	557	540	551
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	165 134	155 447	157 221	146 412	171 522	159 680	168 695
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	44 609	41 585	42 662	39 266	48 466	45 202	48 501
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	118	116	115	106	122	118	123
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	116	116	113	115	123	122	122
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	118	113	114	98	124	115	123
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	124	121	120	105	123	117	121
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	134	138	137	133	134	138 ^r	144
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	30 102	33 298	36 061	28 753	30 555	33 697	...
Gaserzeugung	Mill. m³	2 764	2 641	2 281	2 723	2 894	2 281
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 107	1 100	1 091	1 082	1 085	1 110	1 104
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	133	127	110	118	130	123	123
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	16 377	16 500	16 849	16 008	17 155	17 071	18 416
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	15 829	15 481	11 408	18 505	15 700	15 900	13 165
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	12 615	12 276	10 629	14 874	12 449	12 403	10 044
Wohnfläche	1 000 m²	2 909	3 315	3 617	3 624	3 114	4 232	3 709	3 889	3 288
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 874	2 979	2 631	3 088	2 833	2 848	2 622
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	47 552	47 743	41 917	54 578	47 711	51 207	44 563
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7	132,3	137,4	144,8	125,0	133,6	135,1	141,2
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8	136,9	135,0	113,0	131,5	137,1	133,6	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993			1994			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	49 490	54 762	54 113	53 726	56 372	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	23 832	26 626	26 239	23 902	27 877	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	3 548	3 695	3 526	3 785	3 855	...
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	5 626	6 368	6 642	5 770	6 675	...
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	3 833	4 276	4 121	4 141	4 425	...
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	3 587	4 158	4 015	2 937	4 391	...
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	3 829	3 926	3 977	4 043	4 490	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	44 772	46 261	46 227	45 723	50 944	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	19 992	20 570	20 660	19 412	23 625	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 612	2 307	2 193	2 557	3 098	...
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	4 689	5 168	4 627	4 416	6 028	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 747	2 649	2 779	2 782	3 165	...
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	3 451	3 737	3 863	3 424	4 078	...
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 690	3 741	3 978	3 452	3 751	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}									
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 624	3 667	3 696	3 929	3 957	3 986
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 817	2 844	2 858	3 056	3 083	3 104
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	807	824	837	874	874	882
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511	2 341	2 357	2 400	2 526	2 516	2 532
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	798	805	814	894	898	902
Steuern ²⁾									
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	56 994	38 025	39 573	40 719	55 841	39 658
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	39 739	19 253	19 887	20 139	38 197	19 703
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	19 751	19 617	19 533	21 514	20 239	20 314
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	10 460	- 836	- 1 139	- 1 823	9 297	- 1 587
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	17 241	17 887	19 380	20 140	17 643	18 917
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	14 071	14 638	16 131	16 573	14 332	15 910
Zölle	Mill. DM	645	603	651	665	613	598	581	585
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	7 613	7 742	7 998	9 282	8 297	8 653
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	531	513	666	1 353	547	497
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	7 016	7 172	7 252	7 785	7 587	8 058
Preise									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	98,3	97,6	98,1	100,5	100,2	100,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	82,6	81,8	84,0	85,6	86,1	86,9
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,3	101,2	101,2	102,1	102,0	102,2
Preisindex für Wohngebäude									
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	105,5	110,1	.	.	110,8	112,8	.	113,1
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	105,7	110,5	.	.	111,2	113,3	.	113,6
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	105,1	107,7	.	.	107,4	108,1	.	108,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	120,3	120,6	120,9	123,8	123,9	124,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,0	114,0	114,3	116,6	116,6	116,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	116,9	117,1	117,4	118,0	118,2	118,3
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	132,5	133,0	133,3	137,8	138,2	138,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	90,7	91,3	91,3	91,2	91,0	91,2
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	118,5	118,8	119,0	120,5	120,6	120,7
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	123,1	123,4	123,6	126,9	127,2	127,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	122,2	122,4	122,6	126,5	125,9	125,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	116,4	116,7	117,0	117,9	118,3	118,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	136,1	136,6	138,0	143,7	143,7	143,9

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Ferienland Rheinland-Pfalz: Gastgewerbe mit 4,7 Mrd. DM Umsatz bedeutender Wirtschaftsfaktor

Für das Land Rheinland-Pfalz liegen erste Gastgewerbebezahlen aus der Handels- und Gaststättenzählung 1993 vor.

Die 16 400 Unternehmen im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe erzielten 1992 Umsätze in Höhe von 4,7 Mrd. DM (1984: 3,1 Mrd. DM). 73 000 tätige Personen (1985: 60 000) kümmerten sich um das Wohl der Gäste und erwirtschafteten einen durchschnittlichen Umsatz je Beschäftigten von 64 000 DM. kl

Führerscheinprüfungen – Rheinland-Pfälzer in der Theorie am besten

Die technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr in Rheinland-Pfalz führten von Januar bis Juni 1994 insgesamt 92 682 Fahrerlaubnisprüfungen durch. Das sind 8 % mehr als im ersten Halbjahr 1993. Knapp 78 % der Prüfungen dienten dem Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 (Pkw), 16 % entfielen auf die Klassen 1, 1a und 1b (Krafträder und Leichtkrafträder) und 4,6 % auf die Klasse 2 (Lkw).

Gut 81 % der theoretischen Prüfungen wurden bestanden – so viele, wie in keinem anderen Bundesland. Die praktische Prüfung wurde von 78 % der Führerscheinanwärter erfolgreich abgelegt. gr

456 Verkehrstote im Jahre 1994: Niedrigste Zahl seit 1950

Nach vorläufigen Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik ereigneten sich 1994 auf rheinland-pfälzischen Straßen 110 647 Verkehrsunfälle. Bei 92 806 entstand Sachschaden, bei 17 841 Personenschaden. Insgesamt verunglückten 24 341 Verkehrsteilnehmer, davon 456 tödlich, 6 085 wurden schwer und 17 800 leicht verletzt. Dies ist die niedrigste Zahl von Verkehrstoten seit 1950.

Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden lag um 1,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Während die Zahl der Getöteten um 6 % und die der Schwerverletzten um 4,8 % zurückging, gab es 0,7 % mehr Leichtverletzte. Unter den Getöteten befanden sich 284 (– 14) Fahrer und Mitfahrer von Personenkraftwagen, 73 (+ 14) Benutzer von motorisierten Zweirädern, 28 (– 7) Radfahrer und 52 (– 21) Fußgänger. schm

**Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung**

Steuerart	Januar		Ver- ände- rung
	1994	1995	
	Mill. DM		%
Landessteuern	84,4	82,7	- 2,1
Vermögensteuer	2,2	2,0	- 6,3
Erbschaftsteuer	7,0	- 8,2	.
Kraftfahrzeugsteuer	43,7	70,0	60,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	15,1	11,1	- 26,7
Feuerschutzsteuer	1,3	0,2	- 82,4
Biersteuer	15,2	7,5	- 50,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	476,5	566,3	18,8
Lohnsteuer	439,0	520,2	18,5
Veranlagte Einkommensteuer	- 49,8	- 71,4	.
Kapitalertragsteuer	39,2	80,3	104,5
Zinsabschlagsteuer	65,9	55,2	- 16,3
Körperschaftsteuer	- 17,9	- 18,0	.
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	307,6	353,6	15,0
Umsatzsteuer	263,5	237,1	- 10,0
Einfuhrumsatzsteuer	44,0	116,5	164,6
Landesanteil an der Gewerbe- steuerumlage	0,4	3,5	.
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	0,3	3,3	.
I n s g e s a m t	869,2	1 009,5	16,1

Themen der letzten Hefte**Heft 12 / Dezember 1994**

Beitrag der Gemeinden zur Finanzierung des Fonds
„Deutsche Einheit“

Kreis- und Verbandsgemeindeumlagen 1985 bis 1994

Weinstatistik – Wandel in der Ergebniserstellung

Gebäude- und Wohnungsstruktur 1993

Heft 1 / Januar 1995

Die Wahl zum 13. Deutschen Bundestag am
16. Oktober 1994

Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem und
amtliche Agrarstatistik

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1989

Handels- und Gaststättenzählung 1993

So heizen die Rheinland-Pfälzer

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.